Donnerstag, 19. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 16

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26. Telephon 1068. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin. Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

„Einheitliche deutsche Republik"

Zum Abschluß der Länderkonferenz

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 19. Januar.

Die Länderkonferenz wurde gestern nach 7 Uhr geschlossen. Es wurden zwei Ausschüsse gewählt — die der preußische Ministerpräsident Braun ironisch „Abschiebebahnhöfe" nannte —, die Berichte über das Vereinheitlichungsproblem abfassen sollten.

Es wurde dann schließlich eine Resolution angenommen, die in folgenden Punkten Einmütigkeit festgestellt: 1. Keine sogenannten „Reichsländer". 2. Keine finanzielle Aushöhlung der Länder durch das Reich. 3. Auflösung der Enklaven. 4. Rechts- und Verwaltungsangleichung.

Im letzten Teil der Entschließung werden dann Maßnahmen der Reichsregierung in Aussicht gestellt, während Reich und Länder sich zu sparsamster Finanzgebarung (!) und zu und Verwaltungsangleichung.

*

Im Kongreßsaal des Berliner Reichskanzlerhauses, in dem unter Bismarcks Vorsitz 1878 Disraeli, Gortschakow, Andrassy und die übrige europäische Diplomatie eine erste Verteilung der Welt vornahmen, eine Art Ouvertüre der großen im perialistischen Raub- und Beutezüge von heute, hat Herr Marx vom Bürgerblock die sogenannte Länderkonferenz der deutschen Ministerpräsidenten abgehalten, die über die „Vereinheitlichung des Reiches" (um im Amtsstil zu reden) beraten sollte. Man hat, nach einer farblosen Ansprache des Herrn Marx, Herrn Petersen aus Hamburg, Herrn Bazille aus Stuttgart, Herrn Braun aus Berlin und Herrn Held aus München reden lassen. Sie alle bekannten sich, wie das so Mode ist, zum einheitlichen Reich. Aber hinter diesem gleichförmigen Lippenbekenntnis stecken durchaus verschiedene Auffassungen darüber, was die Vereinheitlichung des Reiches in Wirklichkeit bedeutet. Jede der Parteien, deren Sprecher die scheinbar parteilosen Ministerpräsidenten sind, läßt durch sie ihre politischen Pläne, die sie mit der Reichseinheit verfolgt, mehr oder weniger verhüllt verkünden.

Da predigt der deutschnationale Herr Bazille Abkehr von der Weimarer Verfassung und Rückkehr zur Verfassung Bismarcks. Die Weimarer Verfassung hat nach ihm die Länder ihrer Souveränität, die sie im alten Bundesstaat noch genossen hatten, entkleidet. Aufrechterhaltung der „Landeseigentümlichkeiten", der „Sonderentwicklung der deutschen Männer" fordert Herr Bazille und zugleich, wie seine deutschnationalen Freunde, die Unabhängigkeit des Reichspräsidenten, als eines Ersatzmonarchen, vom Parlament. Diese Republik nach dem Muster preußischen Kaisertums gegründet auf einen Bund selbständiger Republiken — das ist der Kern der Reichseinheit, die sich Herr Bazille vorstellt.

Grund genug für die SPD.-Presse, über den „toten Bazille" sich zu ereifern, der mit Reichsverrat drohe. Aber was weiß die SPD.-Presse an die Stelle der Bundesstaatsrepublik des Herrn Bazille zu setzen? Er fordert die „deutsche Einheitsrepublik". Ein schönes Wort. Fragt sich nur, was bei Stampfer dahinter steckt.

Einheitsrepublik ist ebenso vieldeutig schillernd, wie Einheitsstaat. Einheitsrepublik: es scheint, als ob das eine Forderung sei, auf die alle Arbeiter sich vereinigen könnten. Denn hat nicht auch auf dem ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte der Spartakusbund die einheitliche deutsche sozialistische Republik gefordert? Man sieht: es klingt fast ebenso. Nur ein Wort fehlt in der SPD.-Presse. Das ist aber gerade das ausschlaggebende, das Wort „sozialistisch". Durch dieses eine Wort wird sofort der ganze politische Charakter der Vereinheitlichung des Staates umrissen: daß es sich nicht um die Vereinheitlichung der deutschen Republik an sich handelt, sondern daß der Prozeß selbst dieser Vereinheitlichung ein Stück Klassenkampf ist, ein entscheidender Akt sogar, in dem das Proletariat die bürgerliche Republik in die sozialistische verwandelt. Einheitlkche Republik, jawohl. Aber als einheitliche Republik der proletarischen Herrschaft.

Gerade dieser entscheidende politische Gesichtspunkt fehlt in der sozialdemokratischen Forderung der einheitlichen deutschen Republik. Die SPD.-Presse klammert sich an den Unsinn des Herrn Bazille, aber nur, um auch hier wieder als Schrittmacher für politische Pläne aufzutreten, deren Träger nicht der württembergische Deutschnationale, sondern die deutsche Großbourgeoisie ist — für die kapitalistische Rationalisierung des Staates, die unter der Flagge der Reichsvereinheitlichung segelt.

Die ganze Länderkonferenz ist ja überhaupt nur eine Art parlamentarische Kulisse für die deutsche Großbourgeoisie, ihre kapitalistische Rationalisierung des Staates durchzuführen. Die Ministerpräsidenten reden mit mehr oder weniger herkömmlichen Schlagworten über den Weg zum Einheitsstaat. Dabei verkündet der Sozialdemokrat Braun großmütig das Aufgehen Preußens im Reich, wenn die übrigen Länder der gleichen Meinung seien. Die einheitliche Republik des Herrn Braun ist die Republik mit der preußischen Spitze, genau wie Bismarcks Reichsgründung das Kaisertum mit der preußischen Pickelhaube gewesen ist. Die Frage, was denn überhaupt Reichseinheit in der gegebenen kapitalistischen Republik in ihrer Präsidentschaft Hindenburgs und ihrer Bürgerblockregierung praktisch bedeutet, hat weder Herr Braun noch die SPD.-Presse gestellt, noch die ganze Länderkonferenz. Diese Länderkonferenz, vielmehr als parlamentarische Versammlung ist ausdrücklich dafür bestimmt, diese praktische Fragestellung zu umgehen. Und für die SPD.-Presse ist, genau so wie für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens, Braun, Bazilles Bismarckideal nur der Vorwand, diese Kernfrage vor den Arbeitern zu verschweigen.

Dabei braucht man gar nicht weit zu suchen, um zu erkennen, um was es geht. Das Schacht-Manifest der Groß-

Für die Erwerbslosen!

Kommunistische Anträge im Landtag

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 19. Januar.

In der Mittwochsitzung des Preußischen Landtages brachte Genosse Grube im Namen der kommunistischen Fraktion folgenden Antrag ein:

„Die Löhne der deutschen Arbeiter reichen nicht aus, den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Bei eintretender Erwerbslosigkeit sind die Werktätigen daher sofort der äußersten Not preisgegeben. Trotzdem ist, bevor die Erwerbslosenunterstützung gewährt wird, noch eine Karenzzeit vorgesehen. Das bedeutet — ganz abgesehen von der ungenügenden Höhe der Unterstützungssätze — eine außerordentliche Härte, die schnellstens beseitigt werden muß.

Darüber hinaus sind die Bestimmungen über die Karenzzeit durch die Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom 2. Dezember 1927 für Saisonarbeiter noch weiter enorm verschlechtert worden.

Der Landtag wolle daher beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung auf folgende Aenderung des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hinzuwirken:

1. Der § 110 erhält folgende Fassung:

„§ 110.

Die Arbeitslosenunterstützung wird mit dem Tage der Arbeitslosmeldung gewährt."

2. Alle bisher nach § 110 Abs. 3 ergangenen Erlasse und Verordnungen werden aufgehoben, insbesondere sofort der Artikel 3 der Verordnung über die Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember 1927.
3. Solange die Forderungen zu 1 und 2 nicht verwirklicht sind, soll das Staatsministerium die preußischen Gemeinden anweisen, die erwerbslosen Saisonarbeiter während der Wartezeit aus Gemeindemitteln, ohne Rückzahlungsverpflichtungen, zu unterstützen. Die hierfür aufgewendeten Mittel werden aus der Staatskasse erstattet. Gegebenenfalls sind den Gemeinden Vorschüsse zu gewähren.

Der Antrag wurde dem Hauptausschuß zur schnellsten Erledigung überwiesen. Dann erfolgte die zweite Beratung des Haushaltes der Forstverwaltung, bei der Genosse Möricke die privatkapitalistischen Ausbeutungsmethoden einer gründlichen und scharfen Kritik unterzog.

Postenrauferei im IGB.

Nachdem in dem kleinen Vorstandskonventikel in Geheimbesprechungen alles vorgearbeitet wurde, fand die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Internationalen Berufssekretären statt. Es fehlen die Vertreter des Ausschusses für Bulgarien, Kanada, Rumänien, Südafrika und das Memelgebiet. Das Erscheinen eines polnischen Vertreters ist noch fraglich.

Die Verhandlungen drehten sich zunächst um die schon von Paris her berüchtigte „Reorganisation des IGB.", d. h. praktisch um den Versuch der Deutschen, das Sekretariat nach Berlin, mindestens aber einer deutschen Stadt zu verlegen, und den einzigen Sekretärposten mit einem Deutschen, nämlich mit Sassenbach, zu besetzen. So hoffen die deutschen Reformisten, den gesamten Apparat des IGB. völlig in ihre Hand zu bekommen und den Kampf gegen die Sowjetgewerkschaften sowie gegen alle Linksströmungen in den angeschlossenen Verbänden und auch alle rußlandfreundlich oder links eingestellten einzelnen Gewerkschaftsführer besser und rücksichtsloser führen zu können.

Demgegenüber brachte die englische Delegation als künftigen Sitz des IGB.-Sekretariats Brüssel in Vorschlag. Ueber die Person des Sekretärs besteht noch keine Einigung. Sassenbach gab als vorsichtiger Mann zunächst die Erklärung ab, daß er den Posten des Generalsekretärs solange weiterführen will, bis ein Nachfolger für ihn gefunden wird.

Zur Prüfung der Reorganisationsfrage wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern, und zwar je einem Mitglied aus Deutschland, Oesterreich, Schweiz, England, Skandinavien Holland, den slawischen und den lateinischen Ländern bestimmt. Mit beratender Stimme wurden hinzugewählt Sassenbach und Jouhaux. Ein österreichischer Vertreter wünscht die Hinzuziehung von zwei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate. Tarnow lehnt jedoch schroff ab.

Vorgestern wurde eine Kommission gebildet, die die Sitzverlegung des Internationalen Sekretariats und die Besetzung des Internationalen Sekretärpostens beraten soll. Diese trat gestern vormittag zusammen. Das Ergebnis wird erst in der Donnerstagsitzung bekanntgegeben.

Zersetzung bei Knüppel-Kunze

Die im verborgenen vegetierende „Deutschsoziale Partei" von Knüppel-Kunze befindet sich in vollkommener Zersetzung. Ihr „Landesverband Groß-Berlin" hat sich von Kunze getrennt. Zwei Drittel der wenig zahlreichen Anhängerschaft der DSP. befinden sich im Gegensatz zu Kunze, dessen Tageszeitung bereits zum 1. Februar ihr Erscheinen wahrscheinlich einstellen wird.

Massen-Kommunistenprozeß in Konstantinopel

TU. London, 18. Januar. Nach Meldungen aus Konstantinopel hat gestern dort ein Prozeß gegen 65 türkische Kommunisten begonnen, die beschuldigt werden, durch Bildung einer kommunistischen Geheimorganisation auf den Sturz der Regierung hingearbeitet zu haben. Der Prozeß wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Zehn Jahre Zuchthaus. — London, 18. Januar. In dem Spionageprozeß gegen Georg Hansen und Mac Cartney wurden beide Angeklagte zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen zwei Jahre als Zwangsarbeit zu verbüßen sind.

Die italienisch-ungarischen Waffenschiebungen. — Wien, den 18. Januar. Im österreichischen Nationalrat war die Waffenschiebungsaffäre Gegenstand heftiger Diskussionen. Die Redner der Linken erklärten, auch Oesterreich zu bedrohen. Nach Meldungen aus Genf wird in den nächsten Tagen eine Note der kleinen Entente zu dieser Frage überreicht werden.

industriellen ist ausdrücklich als das Programm der Trustbourgeoisie zur Länderkonferenz erlassen worden. Das Luther-Büro ist von dem Großkapital ausdrücklich gegründet worden, um die „Erneuerung des Reichs“ nach dem Programm der Trustbourgeoisie durchzuführen. Von Luther, von Schacht wurde auf der Konferenz nicht gesprochen, und sollte auch gar nicht gesprochen werden. Sie handeln hinter den Kulissen.

Ihr Programm geht nicht dahin, wie es die Deutschnationalen fordern, die Stelle des Reichskanzlers mit der des preußischen Ministerpräsidenten zu verbinden. Diese Vereinheitlichung der Spitzen — so hat es die „Kölnische Zeitung“ unterstrichen — ist nicht wesentlich gegenüber der Vereinheitlichung der gesamten Verwaltung. Die Vereinheitlichung aber der Verwaltung — das ist die Zentralisierung der Bürokratie unter entscheidender Beeinflussung der Trustbourgeoisie. Die einheitliche deutsche Republik, für die die SPD. sich stark macht, ist in Hindenburg-Deutschland der einheitliche, nach den Interessen des Trustkapitals geleitete, zentralisierte Bürokratenapparat. Es ist ein Präfektensystem nach dem Muster des Napoleon-Bonaparte und Mussolinis.

Präfekten, eingesetzt und kontrolliert von Bürgerblockministern, sollen die Länder- und Gemeindefinanzen kontrollieren. So fordert es Herr Schacht. Präfekten sollen gleicherweise die politische Aufsicht über die Länder und Gemeinden übernehmen. Sie sollen aufpassen, daß die Großbourgeoisie nirgends von Steuern allzusehr geplagt ist.

Die einheitliche deutsche Republik in Hindenburg-Deutschland ist die Abtötung der letzten Reste einer Selbstverwaltung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die zugleich mit der Allmacht der zentralen Bourgeoisie die Sozialpolitik der Gemeinden, soweit sie noch existieren, lahmlegt. Es ist der Abbau vieler Hunderter und Tausender kleiner und mittlerer Beamten unter dem Vorwand der Vermeidung von Doppelarbeit. Es ist die Regierung eines absoluten Beamtenapparats gegen die werktätigen Massen.

So allein kann die einheitliche deutsche Republik aussehen, solange sie bürgerliche Republik ist, in der Hindenburg und der Bürgerblock herrschen, solange nicht die grundsätzliche Frage gestellt ist, wer Herr dieser Republik sein soll — ob Bourgeoisie oder Proletariat. Gerade weil die SPD.-Presse diese Frage nicht stellt und sie nicht stellen kann, wenn sie sich nicht alle Aussichten der Großen Koalition verscherzen will, macht sie sich und ihre Partei mit ihrer Losung der einheitlichen deutschen Republik nur zum Schrittmacher der kapitalistischen Rationalisierung des Staates durch die Großbourgeoisie.

Als vor über neun Jahren der Spartakusbund die einheitliche deutsche sozialistische Republik forderte, da hat er sie gefordert als den Staat, in dem das Proletariat sich die Macht erobert hat, als den Staat, der zugleich mit dem bürgerlichen Staatsapparat dessen Bürokratie vernichtet, als den Staat, der die Einheit der Werktätigen Deutschlands erst wirklich herstellt. Die einheitliche deutsche Räterepublik ist die Zusammenfassung aller lebendigen Kräfte des werktätigen Volkes, gegründet auf die Mitarbeit aller und zusammengefaßt in dem einheitlichen Willen, gemeinsam den Sozialismus aufzubauen. Diese Einheitsrepublik ist die einzige, die zugleich mit Herrn Bazille und mit der kapitalistischen Rationalisierung des Staates Schluß macht, weil sie das Proletariat als die herrschende Klasse organisiert.

Nicht vergessen
die Wochenausgabe zu bestellen!

Heuchler Coolidge

Worte und Taten.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat die Panamerikanische Konferenz in Havanna mit einer Rede eröffnet (in einem Augenblick, wo amerikanische Bombenflugzeuge in Nikaragua ihr Mordwerk verrichten!), die ein Unikum in der neuen politischen Geschichte darstellt. Die vom Dollar-Imperialismus besetzte Kolonie Kuba nannte Coolidge den „Vorposten der neuen Zivilisation der westlichen Halbkugel, ein unabhängiges, freies, glückliches, friedliches Land“. Er zitierte den Geist Christoph Columbus und verbreitete sich dann über die Herrlichkeiten der amerikanischen Zivilisation. Die materielle Wohlfahrt ist weiter verbreitet als je zuvor, Kunst und Wissenschaft sind aufgeblüht. (Siehe Affenprozeß!) Der Geist der Freiheit ist allgemein (siehe Hinrichtung von Sacco und Vanzetti!). Eine friedliche und vom guten Willen beseelte Gesinnung herrscht unter den amerikanischen Völkern. Die Entschlossenheit, Streitigkeiten unter uns nicht durch Gewalt, sondern durch Anwendung der Grundsätze von Gerechtigkeit und Billigkeit zu entscheiden, ist eine unserer hervortretenden Eigenschaften (siehe Nikaragua!). Die Souveränität kleiner Völker wird geachtet (wie bei der Besetzung von Kuba, Haiti, San Domingo, Nikaragua, Panama usw.). Unter den Republiken dieser Halbkugel findet der Grundsatz der Menschenrechte seine weiteste Anwendung. (Auch bei der Ausrottung der indianischen Bauern). Hier haben politische Freiheit und Gleichheit ihre größten Fortschritte gemacht. (Darum wird auf streikende Bergarbeiter mit Maschinengewehren, auf Textilarbeiter mit Giftgasbomben geschossen.) Unser heiligster Glaube war und ist die Aufrichtung und die Ausbreitung des Geistes der Demokratie (mit Hilfe der Schiffsgeschütze in China). Niemals sind sie dem Wahn militärischer Größe verfallen. (Das Drei-Milliarden-Dollarbudget der amerikanischen Flotte ist sicherlich kein „Wahn“.)

Von den Vertretern der vom Dollarimperialismus völlig unterdrückten oder bedrohten lateinamerikanischen Länder wagte anscheinend niemand, den Heuchler auszulachen.

Vom Tage

Die Bürgerblockregierung hat beschlossen, die Denkschrift des Sparkommissars Sämisch über die Phoebus-Korruption nmöglichst bis Ende März geheimzuhalten.

Laut Mitteilung des demokratischen Zeitungsdienstes wird die preußische Regierung jetzt ein Schiedsgericht anrufen, da die Verwaltung des Exkaisers sich weigert, 790 000 Mark (!), die ihr zuviel in den Rachen geworfen wurden (!!), zurückzuerstatten.

Die Berufung Erwin Piscators gegen die vom Exkaiser erwirkte Einstweilige Verfügung betreffend seine Karikatur im „Rasputin“ wurde kostenpflichtig abgewiesen.

Die Beratungen des Vorstandes der Zentrumsfraktion, der am Mittwoch zusammentrat, um sich mit der Lage im Zentrum zu befassen, sind ergebnislos abgebrochen worden.

Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde festgestellt, daß für 5000 im nächsten Jahr bei Heer und Marine zur Entlassung kommende Versorgungsberechtigte keine Stellen frei sein werden.

Im Wohnungsausschuß erklärte der Regierungsvertreter, daß für 1928 sehr wenig Aussicht auf Förderung des Wohnungsbaues bestehe.

Mit der Justizverwaltung beschäftigte sich der Beamtenausschuß des Landtages. Genosse Kaiser forderte die Anerkennung der Angestelltenausschüsse, was abgelehnt wurde.

Das belgische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, Lamberg, ein getreuer Helfer der französisch-belgischen Rheinpläne, ist jetzt endlich zurückgetreten.

Unter dem Verdacht der Beteiligung an der Zerstörung der russischen Kunstausstellung wurden von der Brüsseler Polizei drei faschistische Studenten verhaftet.

Durch persönliches Erscheinen im Heeresausschuß der Kammer gelang es Poincaré, dort eine Mehrheit für eine Kompromißresolution zu erhalten, die einen glatten Verzicht auf alle bisherigen Forderungen der Linken in bezug auf Dienstverkürzung bedeutet.

In ihrer Antwortnote an Polen weist die litauische Regierung darauf hin, daß Polen weder den ausgewiesenen Wilnaern die Rückkehr gestattet, noch die Emigrantenarmee aufgelöst habe.

Der ägyptische Ministerpräsident Sarwat Pascha erklärt, wenn Großbritannien auf der Anwesenheit seiner Truppen in Kairo bestehe, könne es nie zu einer Verständigung mit Aegypten kommen.

Selbst die konservative Mehrheit des Parlaments von Nikaragua hat nunmehr einen Antrag angenommen, nach dem die Entscheidung über die kommende Wahl als innere Angelegenheit Nikaraguas erklärt wird.

Die Sowjet-Telegraphen-Agentur zur Opposition

Die Telegrafen-Agentur der Sowjetunion veröffentlicht folgende Erklärung:

Amtliche Stellen der Sowjetunion haben festgestellt, daß trotz der Beschlüsse des 15. Parteitages Oppositionsführer, mit Trotzki an der Spitze, den Kampf gegen die Sowjetunion und die Parteidiktatur noch nicht aufgegeben haben. Die russische Opposition mit Trotzki und Sapronow hat eine geheime Organisation gebildet, die den Zweck hat, das heutige Parteiregime zu bekämpfen. Die geheime Organisation hat sich zu gewissen Taten gegen die Sowjetunion vorbereitet und versucht ihre Verbindungen mit dem Ausland aufzunehmen. Die Regierung der Sowjetunion ist daher genötigt, die Führer der Opposition aus Moskau auszuweisen. Und zwar folgende Personen: Trotzki, Smirnow, Radek, Belemonodow, Swirga, Warbin, Safarow und Sosnowski.

Bezüglich der Ausweisung von Rakowski hat die Parteileitung beschlossen, ihn aufzufordern, Moskau innerhalb drei Tagen zu verlassen. Bezüglich Sinowjew und Kamenew hat die Parteileitung beschlossen, von einer Ausweisung Abstand zu nehmen. Sie werden aber Moskau verlassen und sich nach gewissen Teilen der Sowjetunion begeben, um in kleinen Parteiorganisationen zu arbeiten.

Vom Kampf in Mitteldeutschland

Unverschämte Kommunistenhetze der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie.

Halle, 19. Januar. (Eig. Drahtb.) Der Streik im gesamten Hallenser und Magdeburger Gebiet wird mit voller Wucht weitergeführt.

Da mit einer längeren Dauer des Kampfes zu rechnen ist und die Industriellen bekanntlich jegliche Unterstützung durch den kapitalistischen Staatsapparat erhalten, beantragte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Halle, daß die Stadt den Metallarbeitern als erste Unterstützungsrate 50 000 Mark auszahlt. Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt. Daraufhin trommelten die Sozialdemokraten am nächsten Morgen sofort die Zentralstreikleitung zusammen und ließen von ihren sozialdemokratischen Beauftragten eine schamlose Erklärung gegen diesen kommunistischen Unterstützungsantrag annehmen, in der die Zentralstreikleitung sich jede Einmischung in diesen Streik verbietet, jede Unterstützung durch Gemeindegelder ablehnt und behauptet, die Streikenden seien selbst stark genug, um diesen Kampf siegreich durchzuführen. In einer Bezirkskonferenz des DMV. in Köthen wurde auf Empfehlung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eine Resolution angenommen, die sich u. a. gegen die Schreibweise der kommunistischen Presse sowie ihre Einmischung in diesen Kampf wendet, die aber kein Wort gegen die Unternehmer sagt. Mit diesem Mittelchen versucht die reformistische Bürokratie dem wachsenden Unwillen der Opposition entgegenzuwirken.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium werden heute fortgesetzt. Wie mitgeteilt wird, haben sich die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmervertretern dahingehend geeinigt, der Presse vorerst keinerlei Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen zu machen, „um nicht neue Schwierigkeiten für die nächsten Verhandlungen zu schaffen“. — Dieses Abkommen kann als der erste Schritt zu einem schändlichen Betruge gegenüber der Forderungen der mitteldeutschen Metallarbeiter gewertet werden.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

56

Die Feierlichkeit begann endlich; da und dort leuchteten jetzt einige Kerzen. Es war, als ob plötzlich auftauchende Feuerfunken die Dunkelheit aufs Geratewohl durchbrachen. Ihre Zahl vermehrte sich rasch; es bildeten sich kleine Inseln von Sternen, während es an anderen Punkten zu Streifen und Milchstraßen kam, die inmitten der Sternbilder dahinflossen. Das waren die dreißigtausend Kerzen, die sich allmählich aneinander entzündeten, den lebhaften Glanz der Grotte verdunkelten und von einem Ende der Promenade bis zum andern die kleinen gelben Flammen eines unermeßlichen Beckens glühender Kohlen wälzten.

Marie flüsterte:

„O Pierre, wie ist das schön! Man möchte sagen, es sei die Auferstehung der Demütigen, der kleinen, armen Seelen, die wieder erwachen und leuchten!“

„Herrlich, herrlich!“ rief Herr von Guersaint in der Begeisterung einer künstlerischen Genugtuung. „Seht doch dort drüben jene zwei Streifen, die sich schneiden und ein Kreuz bilden!“

Pierre war gerührt von dem, was Marie soeben gesagt hatte. Wohl war es so; diese schwachen Flammen und mattleuchtenden Punkte stellten die Bescheidenheit eines demütigen Volkes dar. Ihre große Zahl machte den Glanz aus und bildete einen Widerschein der Sonne. Ununterbrochen kamen neue zum Vorschein, in größerer Entfernung und wie verirrt.

„Ach!“ flüsterte er, „jenes Flämmchen dort, das ganz allein auftauchte, weit weg und so zitternd . . . Sehen Sie, Marie, wie es schwankt, und wie es langsam näher kommt, um sich in dem großen Feuersee zu verlieren?“

Man sah jetzt so deutlich wie am hellen Tage. Die von unten her beleuchteten Bäume zeigten ein intensiv grünes Laub, ähnlich den gemalten Bäumen auf Kulissen. Ueber dem beweglichen Glitzerden schwebten unbewegliche Kirchenfahnen; sie waren hervorstechend erkennbar mit ihren heiligen Stickereien und seidenen Schnüren. Und der helle Widerschein stieg den Felsen entlang bis zur Basilika, deren Turmspitze jetzt am schwarzen Himmel ganz weiß erschien, während auf der anderen Seite des Gaves sich auch die Hügel erhellten und inmitten ihres düsteren Laubwerks die hellen Fassaden der Klöster zeigten.

Es trat noch ein Augenblick der Unschlüssigkeit ein. In dem flammenden See, in dem jeder brennende Docht eine kleine Welle darstellte, wogte das Sterngefunkel; es schien beinahe, als wollte er ausbrechen, um sich in einen Strom zu ergießen. Dann flatterten die Fahnen hin und her, und es gab sich eine Bewegung kund.

„Da!“ rief Herr von Guersaint; „sie kommen also nicht hier vorüber?“

Pierre, der Kenntnis von der Sache hatte, erklärte ihm hierauf, daß die Prozession den mit großen Kosten über den bewaldeten Hügel hergestellten gewundenen Weg hinansteigen würde. Sie würde sodann hinter der Basilika umkehren, bevor sie über die Rampe zur Rechten herabkäme und durch die Gärten hindurch weiterzöge.

„Sehen Sie! Man sieht bereits die ersten unter dem Laubwerk emporsteigenden Kerzen.“

Es war bezeichnend schön. Kleine, zitternde Lichtchen lösten sich ab vom weiten, feurigen Herd und hoben sich in sanftem Flug langsam in die Höhe, ohne daß man irgendetwas unterscheiden konnte, was sie auf der Erde festhielt. Es bewegte sich in der Finsternis wie Sonnenfäden.

Bald gestaltete es sich zu einer schrägen Linie; dann bog sich die Linie plötzlich um einen Winkel, und es entstand eine neue Linie, die sich ihrerseits wieder krümmte. Schließlich war der ganze Hügel von einem flammenden Zickzack durchfurcht, ähnlich jenen Blitzen, die man auf Bildern aus einem schwarzen Himmel zucken sieht. Aber die leuchtende Spur verlöschte nicht; die kleinen Lichtchen glitten stets in der nämlichen sanften und mäßigen Bewegung dahin. Nur hin und wieder, wenn die Prozession hinter einer Baumgruppe vorüberziehen mußte, entstand eine plötzliche Verfinsterung der schimmernden Sternchen. Weiter entfernt, tauchten dann die brennenden Kerzen wieder auf, und erhoben sich zum Himmel auf einem gewundenen, unaufhörlich unterbrochenen und wieder aufgenommenen Weg. Dann kam ein Augenblick, da sie nicht wieder aufwärts stiegen; sie waren auf der Höhe des Hügels angekommen und verschwanden bei einer letzten Biegung des Weges.

In der Menge wurden Stimmen laut.

„Jetzt kehren sie hinter der Basilika um!“

„O, sie brauchen noch zwanzig Minuten, bis sie auf der anderen Seite herabkommen!“

„Ja, Madame! Es sind ihrer dreißigtausend; und die letzten werden kaum in einer Stunde von der Grotte wegziehen!“

Schon als die Prozession sich in Bewegung setzte, hatte sich aus dem dumpfen Gemurmel der Menschenmenge ein Kirchengesang entwickelt, nämlich das Klagelied der Bernadette, aus sechsmal zehn Strophen bestehend, in deren Kehrreim der englische Gruß in qualvollem Rhythmus wiederkehrte. Wenn die sechzig Strophen beendigt waren, wurde wieder von vorne angefangen, und so ertönte unaufhörlich und schaukelnd das „Ave, ave, ave Maria!“ Es betäubte den Geist, zerschlug die Glieder und entrückte diese Tausende von Wesen nach und nach in eine Art wachen Schlafes, zu einer völligen Vision des Paradieses. Wenn sie nachts schliefen, war es, als ob das Bett die schaukelnde Bewegung angenommen hätte, und noch im Schlafe sangen sie.

„Bleiben wir hier?“ fragte Herr von Guersaint, der rasch müde wurde. „Jetzt ist es immer dasselbe.“

Marie, der die in der Menge gesprochenen Worte Auskunft gaben, sagte ihrerseits:

„Sie hatten recht, Pierre! Es wäre besser, wenn wir da hinab unter die Bäume zurückkehrten. Ich möchte so gerne alles sehen.“

„Gewiß“, antwortete der Priester, „wir wollen uns einen Platz suchen, wo Sie alles sehen können. Es ist nur schwierig, uns jetzt hier aus dem Gedränge zu winden.“

In der Tat hatte das Getümmel der Neugierigen eine Mauer um sie gezogen. Pierre mußte sich langsam und mit Beharrlichkeit einen Durchgang bahnen, indem er um ein wenig Platz für die Kranke bat. Marie wandte sich zurück und versuchte, noch einmal den flammenden Wasserspiegel vor der Grotte zu sehen, den aus kleinen glitzernden Wellen gebildeten See, von dem die unendliche Prozession ausging, ohne daß er sich zu verringern schien. Herr von Guersaint beschloß den Zug und schützte den Wagen vor Stößen.

Endlich befanden sich alle drei abseits, außerhalb der Menge. Nahe bei einer Bogenwölbung, an einer ganz menschenleeren Stelle, konnten sie einen Augenblick aufatmen. Dort hörte man nur noch den fernen Klagegesang mit seinem hartnäckigen Refrain, und man sah nichts als den Widerschein der Kerzen in Form einer leuchtenden Wolke, die auf der Seite schwebte, wo sich die Basilika befand.

„Man würde den besten Platz haben, wenn man auf den Kalvarienberg stiege“, erklärte Herr von Guersaint. „Das Dienstmädchen im Hotel hat mir das noch diesen Morgen gesagt. Von da oben muß der Anblick feenhaft schön sein.“

Aber man durfte nicht daran denken. Pierre betonte nachdrücklich die Schwierigkeiten.

„Wie wollen Sie uns mit dem Wagen auf diese Höhe hinaufbringen? Dann müßte man auch an den Abstieg denken, der in dunkler Nacht und mitten im Gedränge sehr gefährlich wäre.“

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Bergbaukampf im Frühjahr?

Das Ueberarbeitszeitabkommen und Manteltarif zum 31. März gekündigt — Eine überfüllte Bergarbeiterversammlung in Beuthen

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Am Sonntag, dem 15. Januar, fand im Volkshaus Beuthen eine öffentliche Bergarbeiterversammlung, einberufen vom BAV., statt. Man muß feststellen, daß die Arbeiterschaft den Ernst der Stunde erkennt, denn Saal und Galerie waren überfüllt. Bezirksleiter Kosahl referierte über die Aufgaben als Mensch. (Nicht die Aufgaben der Gewerkschaften.) Das Referat war auch dementsprechend. Schuld an dem Elend sei die Arbeiterschaft, weil sie sich falsche Interessenvertretung wähle. Ferner behandelte der Redner das Kohlenabkommen mit Polen und vertrat die nationalistische Auffassung, daß man im Falle von Arbeiterentlassungen zuerst die polnischen Arbeiter aufs Straßenpflaster werfen müsse. Auch teilte er mit, daß der

Manteltarif und Ueberarbeitszeitabkommen zum 31. März gekündigt werden. Der Lohntarif läuft erst am 31. Mai ab. Zur Vorbereitung des Kampfes im Frühjahr müssen alle Bergarbeiter dem Verband beitreten.

In der Diskussion wies unser Genosse Schweda nach, daß nicht die Arbeiterschaft an den miserablen Zuständen die Schuld trägt, sondern die Gewerkschaftsführer verantwortlich gemacht werden müssen, da seit 1924 keine ernsthaften Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt wurden. Schweda kennzeichnete den Schlichtungsschwindel, dem sich die Gewerkschaftsführer sklavisch unterwarfen. Gleichzeitig ging Sch. auf den Kampf im Frühjahr ein und betonte, daß vier bis fünf Millionen Arbeiter vor dem Kampfe stehen, da über 400 Tarife zu gleicher Zeit ablaufen. Da ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, diese Kämpfe zusammenzufassen. Während dem Kapputsch, als Regierungssessel in Gefahr waren, da rief man die Arbeiterschaft auf, aber um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist man nicht gewillt, einen ernsten Kampf zu führen.

Schweda forderte die Arbeiterschaft auf, in die freien Gewerkschaften einzutreten und so leichter den Kampf gegen Kapitalismus sowie Reformismus zu führen. Damit die Arbeiterschaft gewappnet dasteht, schlug er als praktische Maßnahme die Einberufung eines

freigewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses

vor, um dort die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Nach Schweda sprachen andere oppositionelle Kollegen, die ebenfalls starken Beifall ernteten. Die Funktionäre der SPD. hätten natürlich Angst, daß bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit die bestehenden Gesetze verletzt werden könnten und warnten vor diesem „Unheil".

Dem Schlußwort des Bezirksleiter Kosahl stimmten nicht einmal die sozialdemokratischen Arbeiter zu. Der Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft ernstlich gewillt ist, den Kampf aufzunehmen. Ob die reformistischen Führer ihr Versprechen vom Kampf im Frühjahr halten werden? Die Tatsache, daß Kosahl in seinem Schlußwort auf den vorgeschlagenen Betriebsrätekongreß nicht einmal einging, läßt daran zweifeln. **Oberschlesische Arbeiter, zwingt sie dazu!**

Kampfruf der Mitteldeutschen Metallindustrie

Oberschlesischer Kumpel, schließe die rote Kampffront

Mann der Arbeit, aufgewacht,
und erkenne deine Macht. (Herwegh.)

F. J. Mehr als ein Monat ist vergangen, seit der große Kampf in der Metallindustrie durch einen Schiedsspruch und seine Verbindlichkeitserklärung durch den Zentrums-Arbeitsminister Brauns abgewürgt worden ist. Den christlichen und reformistischen Gewerkschaftsführern war dieser Abschluß der Arbeitszeit- und Lohnbewegung sehr willkommen, weil sie nicht kämpfen wollen, weil sie trotz radikaler Phrasen für die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens sind, weil sie durch die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit den Unternehmern verbündet sind.

In Mitteldeutschland haben diese Knechte des Geldsacks die Rechnung ohne den Wirt, oder besser gesagt, ohne die Arbeiterschaft gemacht. Der gefällte Schiedsspruch war und ist zu schändlich, als daß sich die Arbeiterschaft dem fügen konnte. Die Notlage der Arbeiterklasse ist zu groß, als daß sie länger ohne Widerstand tragbar wäre. Der Kampfesmut der Arbeiterklasse ist groß genug, um sich gegen solchen Schiedsspruch zu wenden.

Das glimmende Feuer des Widerstandes fängt an allen Ecken. Der Kampf um die Existenz entbrennt. Am Sonnabend haben die Funktionäre des DMV. in einer Bezirkskonferenz in Halle beschlossen, den Schandspruch für das mitteldeutsche Metallgewerbe abzulehnen. Sie beschlossen einstimmig den Kampf für Montag früh. Diesem Beschluß haben sich die Metallarbeiterkollegen in Versammlungen von Halle, Merseburg usw. einstimmig angeschlossen. Heute stehen etwa 50 000 mitteldeutsche Metallarbeiter im Kampf, nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. Unterliegt die Arbeiterschaft einer, und zwar der wichtigsten, Berufsgruppe, dann werden die Unternehmer aller Schattierungen auf der ganzen Linie den Vorstoß gegen die Arbeiterklasse verstärken.

Wie sieht es bei uns in Oberschlesien aus?

Als am 21. Dezember 1927 der Schiedsspruch für die Metallarbeiter gefällt wurde, brüllten die Sozialdemokraten und Reformisten des Deutschen Metallarbeiterverbandes von einem Erfolg. Das „Volksblatt", Publikationsorgan des Polizeipräsidenten Beck, brachte in seiner Nummer 298 vom 23. Dezember 1927 eine Abhandlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in der folgende Stelle zu lesen war:

„Die Anträge der Unternehmer verlangten eine Verzögerung der Regelung der Arbeitszeit bis zu eineinhalb Jahren. Wenn demgegenüber der Standpunkt der Gewerkschaften so stark war, daß schließlich nur eine Verzögerung um ein Vierteljahr übrig blieb, so ist das durchaus als Erfolg zu werten. Dieser Erfolg wird um so größer, wenn man berücksichtigt, daß die oberschlesische Arbeiterschaft auf diese Weise bis zum April Zeit gewinnt, ihre Organisationsverhältnisse noch mehr zu festigen, als es im letzten Jahr geschehen konnte."

Das Hinausschieben des Inkrafttretens der verkürzten Arbeitszeit, die Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung ist in den Augen der Reformisten ein Erfolg. Ein solches demagogisches Kunststück bekommen allerdings nur die fertig, die 1923 der Arbeiterschaft den Achtstundentag geraubt haben. An dieser Tatsache ändert sich auch dann nichts, wenn der DMV. in seinem Verbandsorgan, Nr. 2 vom 14. Januar 1928, schreibt:

„Also die organisierte Arbeiterschaft, die sich 1923 mit der Verlängerung der Arbeitszeit abfand..."

Nein, die christlichen und reformistischen Führer der Gewerkschaften, die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Sozialdemokraten, das ganze Unternehmerpack mit seinen sozialdemokratischen und Zentrumsknechten waren es, die der Arbeiterschaft „im Interesse der deutschen Wirtschaft und des Wiederaufbaus" den Achtstundentag gestohlen haben. Sie führen in Oberschlesien nur radikale Phrasen im Maul, sie lügen Verluste für die Arbeiterschaft in „Erfolge" um und sie tun nichts, um den Kampf vorzubereiten oder jemals zu beginnen. Schon auf der Verbandsbeiratssitzung des DMV. vom 16. November 1927 erklärte Reichelt als Vorsitzender mit großem Pathos:

„Wir sind für den Kampf gerüstet. Kommt es dazu, dann bleibt die dreigeteilte Achtstundenschicht nicht auf die von der Verordnung erfaßten Abteilungen beschränkt. Dann geht es ums Ganze. Wir stehen dann vor der größten Bewegung, die der Verband je zu führen hatte. Die Kollegen im ganzen Verband aufmerksam zu machen und sie zur höchsten Kraftanstrengung aufzurufen, ist die Pflicht des Vorstandes."

Gut gebrüllt, Löwe! Aber was hat der Hauptvorstand bisher praktisch getan, um die Bewegung zum Kampfe „aufs Ganze" vorzubereiten? Der Reichstagspräsident Löbe wollte zwar durch einen Artikel im „Vorwärts" die Schwerindustriellen enteignen. Aber er hat nicht gesagt, wie er sich das denkt.

Auch in Oberschlesien merkt man nichts, daß die reformistischen Führer Anstalten treffen würden, um die Kollegen „zur höchsten Kraftanstrengung aufzurufen". Obwohl in Mitteldeutschland 50 000 Kollegen im Kampf stehen, die Metallarbeiter im Ruhrgebiet rüsten, die Metallarbeiter in Polnisch-Oberschlesien durch die Ablehnung einer Betriebsrätekonferenz die Vorbereitungen für einen geschlossenen Kampf treffen, schweigen die Reformisten. Sie träumen immer noch vom kapitalistischen „Frieden auf Erden". Das „Volksblatt" füllt seinen Raum mit einer großen Reklame für „Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik". Nichts vom Kampf. Der Ruf der 50 000 Kollegen aus Mitteldeutschland wird totgeschwiegen.

Ihr Kumpels und Kollegen in Oberschlesien, ihr müßt den Ruf aus dem Reiche hören und verstehen. Es ist der Ruf zur Schließung der einheitlichen roten Kampffront. Fordert in Versammlungen der Gewerkschaften und Belegschaften von den Führern die sofortige Einberufung eines

freigewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses für Oberschlesien!

Gleiwitz

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnis-Kundgebung

von KPD. und KJVD., Ortsgruppe Gleiwitz, am Freitag, dem 20. Januar 1928,

im Saal der „Vier Jahreszeiten", Bielitzer Straße (Roßmarkt).

Kassenöffnung: 19 Uhr (7 Uhr abends). Anfang: 19,30 Uhr (7½ Uhr abends). Programm 40 Pf. Gegen Vorzeigung des Programms freier Eintritt.

---

* **Der Radiokrieg beendigt?** Aus Berlin wird gemeldet, daß die Verhandlungen mit Polen bezüglich der Rundfunkstörungen des Kattowitzer Senders in Oberschlesien zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Der Polski Radio hat sich bereit erklärt, zweimal in der Woche von 8 Uhr abends ab die Sendestärke des Kattowitzer Senders durch Ausschalten der höchsten Verstärkerstufe zu mindern. Außerdem soll diese Sendebeschränkung für den Kattowitzer Sender an Wochentagen zwischen 12,15 bis 2,40 und 3,20 bis 4 Uhr bestehen bleiben, damit der Gleiwitzer Sender die Möglichkeit hat, seine um diese Zeit herausgehenden wirtschaftlichen Nachrichten einen ungestörten Empfang zu garantieren.

Hindenburg

Volkshochschule Hindenburg. Im Rahmen der Kurse der Volkshochschule begann am Mittwoch im Zeichensaale des Oberlyzeums (Reitzensteinplatz) der Kursus von Geschäftsführer Zelder über „Staatsverfassungen der Gegenwart". Der Dozent sprach am ersten Abend über den politischen und verwaltungstechnischen Ausbau von Sowjetrußland. Der Kursus ist vierzehntägig eingerichtet und umfaßt insgesamt vier Stunden. — Am Donnerstag, um 19,30 Uhr, beginnt nunmehr endgültig der Kursus von Rektor Franke über „Deutsche Stilkunde", am Sonnabend, dem 21. Januar, beginnt der Kursus über „Geschichte und Bedeutung der deutschen Arbeitergewerkschaften" und der Kursus „Einführung in den Marxismus". Diese drei Kurse finden in der Oberrealschule statt. Anmeldungen zu sämtlichen Kursen werden im Büro der Volkshochschule, Kaniastraße 8, von 14 bis 16 Uhr, und an den Kursusabenden selbst entgegengenommen.

Volkshochschulkurse in Zaborze. Am Montag begann in Zaborze der Kursus von Steiger Kelonko über Einführung in die Bergbaukunde, der am Mittwoch, um 20 Uhr fortgesetzt wird. Am Donnerstag, dem 19. Januar, 20 Uhr, beginnt der Kursus von Rektor Schafranek über deutsche Stilkunde. Alle Kurse finden bis auf weiteres — nicht, wie im Prospekt angesagt ist, im Gemeindesitzungssaal —, sondern in der Gemeindegaststätte Zaborze statt. Anmeldungen zu den Kursen können im Büro der Volkshochschule, Kaniastraße 8, oder an den Kursusabenden selbst abgegeben werden.

Neustadt

Rüpel. Am Sonnabend durchzogen zwei angetrunkene junge Männer die Straßen, schlugen Fensterscheiben ein und rissen an verschiedenen Geschäften die Reklameschilder herunter. Der Name des einen jungen Mannes ist Hartsch. Da solche Rüpeleien in der Regel auf das Konto der Erwerbslosen gesetzt werden, benachrichtigten einige erwerbslose Kollegen die Polizei. Die Wüstlinge ergriffen die Flucht. Nach kurzer Verfolgung konnte einer festgenommen werden.

„Matrosenregiment 17" in Neustadt. — Vergangene Woche lief der Film „Matrosenregiment 17" im hiesigen Lichtspielhaus. Die Aufnahme war eine begeisterte. Nach den Vorstellungen diskutierten die Besucher lebhaft über die russische Revolution. Der Besuch war ein guter. Dieser Umstand dürfte die Kinobesitzer anregen, des öfteren revolutionäre Filme vorführen zu lassen.

Beuthen

Die Arbeitsmarktlage. In der Berichtszeit vom 5. bis 11. d. M. waren beim Arbeitsamt insgesamt 2087 männliche und 975 weibliche Personen als Arbeitsuchende vorgemerkt, von denen 1150 männliche und 574 weibliche Personen in der Arbeitslosenversicherung und 232 männliche sowie 100 weibliche Personen in der Krisenfürsorge standen. Außerdem wurden an 2849 bzw. 300 Familienangehörige der Hauptunterstützungsempfänger Zuschläge gezahlt.

Fundsachen. Die in den Autobussen verlorenen Gegenstände können auf der Feuerwache, Hospitalstraße 8, abgeholt werden.

Standesamtliche Nachrichten. Im Monat Dezember 1927 waren in der Stadt Beuthen OS. zu verzeichnen: 170 Geburten (davon 159 eheliche und 11 uneheliche), 3 Totgeburten. Verstorben sind 112 Personen, darunter 11 ortsfremde. Eheschließungen fanden 16 statt.

Ratibor

Autounfall. Auf der Kunststraße nach Ratiborhammer kam ein von Drogeriebesitzer Nawrath-Rybnik gesteuertes Auto ins Schleudern und stürzte in den Wassergraben. Die drei Insassen wurden unter dem Wagen begraben. Nawrath hat nur leichtere Verletzungen davongetragen, dagegen waren die beiden Mitfahrer besinnungslos und mußten ins Krankenhaus geschafft werden, wo einer am nächsten Morgen starb. Der Chauffeur erlitt eine Gehirnerschütterung.

Oppeln

Beerdigung Lenins in Moskau

Am Sonnabend, dem 21. Januar, läuft in der Aula der Oberrealschule, Vogt-, Ecke Moltkestraße, der Film „Beerdigung Lenins in Moskau". Dazu hält Genosse Rubert, Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung", einen Vortrag. Kein Leser der „Arbeiter-Zeitung" darf fehlen und muß unter Freunden und Bekannten zum Besuch der Veranstaltung auffordern. Eintritt 50 Pf. Beginn 19,30 Uhr.

Das Elend der Notstandsarbeiter. Notstandsarbeit ist eine sehr geschickte Ausbeutung der erwerbslosen Arbeiter. Bei Androhung des Entzuges der Unterstützung wird der Arbeitslose zu irgendeinem Unternehmer geschickt. Dort ist er dann allen schikanösen Anforderungen des Unternehmers ausgesetzt. Bei jeder Geringfügigkeit droht ihm Entlassung und darauf logisch auch Entziehung der Arbeitslosenunterstützung. Nehmen wir als Beispiel die Firma Brankmann. Für die 51 Pfennige Stundenlohn mußten die Kollegen dort die dreckigsten Arbeiten machen. Bei der Kanalisierung steht man in einem zirka 2½ Meter tiefen Schacht bis an die Knöchel im Wasser. Die Antreiberei würde jedem laufenden Band alle Ehre machen. Eine Leiter als Hilfsmittel zum Besteigen oder Verlassen des Schachtes ist nicht vorhanden. Die Proleten können sich ja 2½ Meter im Dreck hochziehen. Beschwerden können nicht vorgebracht werden, wenn man nicht die Arbeit und Unterstützung verlieren will. Abhilfe wird nicht geschaffen, niemand kümmert sich darum. Vielleicht genügt diese Anprangerung.

Trinkt keinen Alkohol. Der Oppelner Verein gegen den Alkoholismus hielt vor einigen Tagen im Städtheim am Getreidemarkt die Generalversammlung ab. Es wurde Bericht über die bisherige Tätigkeit gegeben und auch die nächsten Aufgaben besprochen.

Eine wichtige Frage an alle Parteimitglieder und KJVD.-Kameraden. Der letzte Kursus am Montag beschäftigte sich mit der Kriegsgefahr und den Aufgaben der Kommunisten. Hochaktuelle Fragen wurden bei der Behandlung dieses Themas, welches sich Genosse Klaba zur Aufgabe gestellt hatte, angeschnitten. Unter anderem wurde die Frage gestellt, in welchem kapitalistischen Lande wird die Arbeiterklasse bei einem Krieg gegen die Sowjetunion am aktivsten im Sinne des revolutionären Proletariats tätig sein? Die Antworten waren sehr verschieden. Der größere Teil setzte große Hoffnungen auf die englische Arbeiterklasse, gleich große Teile auf die französische und deutsche Arbeiterklasse. Was scheint nun richtig zu sein? Jeder Kommunist und jeder Rote Frontkämpfer muß versuchen, eine richtige Antwort zu finden. Bis zum Montag nächster Woche ist dazu Zeit. Jeder Genosse und Kamerad wird gebeten, sich bis dahin Gedanken zu machen und zum Kursus eine bestimmte Antwort mitzubringen. Im gemeinsamen Gedankenaustausch soll dann versucht werden, festzustellen, auf welche Arbeiterklasse und in welchem Lande die Sowjetunion am meisten rechnen kann.

Funktionäre des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront!

Sonntag, 22. Januar, 10 Uhr, im Vereinszimmer „Vier Jahreszeiten" in Gleiwitz, Bielitzer Straße, am Krakauer Platz, erweiterte Gauführersitzung.

Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben in den kommenden Wirtschaftskämpfen. (Ref. Kam. Ziaja.) 2. a) Die fünfte Reichskonferenz in Hamburg. (Ref. Kam. Klaba.) b) Das vierte Reichstreffen in Berlin. (Referenten Kam. Wildgrube und Auditor.) 3. Was beabsichtigen die Arbeiterfeinde mit den Verboten gegen die Roten Frontkämpfer in der Stadt Groß-Hindenburg? (Ref. Kam. Ziaja.)

An der Sitzung nehmen teil: a) sämtliche Mitglieder der Gauführung und der Untergauführungen; b) sämtliche Funktionäre der Ortsgruppen und Abteilungen aus dem Untergau Gleiwitz und Beuthen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Diejenigen Kameraden, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, haben auch die Mitgliedsbücher dieser Organisationen mitzubringen. Bundeskleidung ist anzulegen!

Kameraden, erscheint vollzählig! Ihr werdet u. a. berichten über eure Erfahrungen und über eure Tätigkeit.

Mit Rot Front!

Die Gauführung des RFB. und der RJ.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Gleiwitz. Freitag 19,30 Uhr, „Vier Jahreszeiten", L.-L.-L.-Feier.
Zülz. Freitag 11 Uhr Erwerbslosenversammlung.

Sonnabend, 21. Januar:

Hindenburg. 19 Uhr im Saale bei Gläser L.-L.-L.-Feier.
Gleiwitz. 19 Uhr im „Goldenen Stern" Kursus für neue Parteimitglieder.
Ober-Glogau. 14 Uhr öffentliche Versammlung.
Ziegenhals. 18,30 Uhr im Lokal Rieger L.-L.-L.-Feier.

Sonntag, 22. Januar:

Beuthen. 18 Uhr im Volkshaus L.-L.-L.-Feier.
Laband. 9,30 Uhr Mitgliederversammlung.
Hindenburg. 10 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung bei Roth.

Roter Frontkämpfer-Bund

Neustadt, RFB. Notiz für Mittwoch zu spät eingelaufen.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Sonnabend, den 14. 1. bis Freitag, d. 20. 1. tägl. 20 Uhr
Fünf von der Jazzband
Sonnabend, d. 21. 1. 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Erbschaft"
Von Antonio Lupeitna
Sonnabend, den 21. 1. 28
Sonntag, den 22. 1. 28
täglich 15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
Christkindleinsmärchenwald

Thalia-Theater
Sonnabend, den 14. 1. bis Freitag, d. 20. 1., tägl. 20 Uhr
„Zinsen"
Sonnabend, 21. 1., 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Lüge"
Drama von Nolodomyr Wynnytschenko
Sonnabend, den 21. 1. 28
Sonntag, den 22. 1. 28
täglich 15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
„Schneewittchen u. Rosenrot"

Leihweise elegante
Frack-
Smoking- und Gehrock-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 1, I. T. R. 1801
früher Albrechtstraße

Die Moral der Gasse
der große Sittenfilm
wird heut, den 19. und morgen, den 20. Januar, 5 und 8 Uhr
in den
Gewerkschaftshaus-Lichtspielen
mit dem Polarfilm
Shackletons Todesfahrt zum Südpol
zur Vorführung gebracht
Volks-Wochenschau
Uebliche Preise
Zutritt nur von 18 Jahren ab
Arbeiter-Sportkartell E. V.

Harems-Nächte
Täglich 8¼ Uhr die neue **Revue-Sensation** des
Victoria-Theater
Tel. R. 2297

Gustav-Freytag-Str. 27
bei
Theod. Böhm
kauft man
Hasen auch halbe
billig und gut

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
spottbillige Hasen-Hasen
Rücken oder **2 Keulen** bratfertig gespickt die stärksten } nur **250**
sowie
Reh, Hirsch, Damwild, Wildschwein
und sämtliches Geflügel
empfiehlt zu äußersten Tagespreisen
Herbert Böhm
Wild- und Geflügel-Großhandlung
nur 62 Gartenstraße 62 nur
Telephon Ring 324

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 15. bis 22. Januar 1928
Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 11
Hoffmanns Erzählungen
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 11
Cavalleria rusticana
hierauf
Der Bajazzo
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 11
Der Freischütz
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 11
Rigoletto
Freitag, 15.30 Uhr
Erwerbslosen-Vorstellung
(Kein Kartenverkauf)
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 11
Fedelio
Sonnabend, 19 Uhr
Lohengrin
Sonntag, 15 Uhr
Nachmittag-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen
Figaros Hochzeit
Sonntag, 20 Uhr
Aida

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Stephan 36 300

Täglich 20 Uhr
Eine Frau von Format

Kappel
„einfach fabelhaft"
so lautet das Urteil jeder Maschinenschreiberin die auf der
„Kappel"
mit geräuschlosem Wagenrücklauf u. zwangweiser Großbuchstabensperre schreibt. Mach. auch Sie ein. Versuch, Sie werd. begeistert sein.
Bezirksvertreter
Max Arnoldt
Breslau 5 :: Museumplatz 8
Fernsprecher Ohle 5459
Eigene Reparatur-Werkstatt

Möbel
Stadtbekannt gut und billig
P. Rogoll
Möbelfabrik, Matthiasstr. 59

Carl Bräuers Festsäle
Gabitzstrasse 22
Jeden Donnerstag und Sonntag
Großer Ball

RFB.- u. Partei-Lokal
Gasthaus „Zur Lindenblüte"
Anton Zoudlick
Breslau, Königsgräner Straße 10

Amtl. Bekanntmachung von Seitendorf
Die nächste öffentliche Gemeindevertretersitzung findet am
Sonnabend dem 21. Januar 1928
nachmittags 6 Uhr
im Gasthof zur Hoffnung hierselbst statt.
Seitendorf, den 16. Januar 1928
Der Gemeindevorsteher
Hartwig

Hasen grosse **Hasen** gespickt **4.90**
Gänse — Enten
Hühner — Tauben
Butter — Eier
empfiehlt billigst
Arnold Böhm
Breslau, Klosterstraße 17
Telephon Ohle 193

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost

Medizinal-Drogenhaus A. Binas
Ofenerstrasse 27
Chemikalien, Parfümerien, Farben
1634

Paul Lorenz
Wäsche
Breslau, Bahnhofstraße 21
8167

Angenehmes Familienlokal
Franz Brückner
Ofenerstraße 23
8166

Otto Bornschein
Kolonialwaren
Löschstrasse 11
Telephon 40560
8167

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der
Bäckerei Herrmann
Brockauer Str. 16
8165

Blumenhaus für Freud u. Leid
Emma Adler
Tauentzienstr. 65
8164

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der
Feinbäckerei H. Dziallas
Grafstraße 4
8168

Angenehmes Familienlokal
Rudolf Peche
Brüderstraße 24
8165

Fischwaren-Spezialgeschäft
Kurt Rühl
Bornerstr. 73
8168

Lebensmittel Kolonialwaren
M. Kricke, Löschstr 17
3 Proz. Rabatt
8163

Fahrradhaus Schlape, Tauentzienstr. 149
Fahrräder in allen Preislagen
Fachmänn. Reparatur - Werkstatt
8163

Angenehmes Familienlokal
Wolffs Gaststätte
Mittelgärtner-Straße Tauentzienstr.
1620

Fahrräder — Grammophone
Hoch, Klosterstr. 103
8169

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Breslau-Süd

Gaststätte
F. Mittwoch
Sadowastraße 26
8162

Möbel auf Teilzahlung
bei Fahnroth, Neudorfstr. 13
8164

Breslau-Zentrum

Allerfeinste Anzugstoffe, Kolonialwaren
Hermann Berger
Rittterplatz 13
8164

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Albert Seifert
Hubenstraße 41
8163

„Bettfedern" neuzeitl. Reinigung
Dutschke
Margaretenstr. 15 (Hofgebäude)
8163

Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der Fleischerei von
Karl Morawe
Malergasse 23-24
8163

Weinbrand Rum = Liköre
nur bei
D. Kochmann
Weidenstrasse 25
8165

Schuhhaus Kloss
Maß- u. Reparatur-Werkstatt
Breite Straße 21
Reell u. preiswert
8164

Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert in der Fleischerei von
Wilhelm Jäckel
Hummerei 9
8163

Familien-Lokal Ohlauer Tor
Georg Wantulla, Tauentzienst. 190
8163

Donnerstag bis Sonnabend
Billige Hasen
im Fell und geteilt

Hasen- Rücken	von	**1.50**
Keulen	2 Stck	an
Vorderläufe Stück 50 und		**40** Pf.
Reh- u. Hirsch-Kochfleisch Pfd. nur		**40** Pf
Reh-Blätter . Pfund nur		**1.10**
Hirschblätter Pfund nur		**1.00**
Hirsch-Rücken u. Keulen Pfund nur		**1.40**
Wildschwein-Rücken- u. Keulen . . . . . Pfd. nur		**1.40**
Gänseteile . Stück von		**1.40**

Mast-, Mast- und Stopfgänse
rohes Gänsefett, halbe Gänse
Enten, Puten, Hühner, Poularden
Riesen-Auswahl
in der
Geflügel- u. Wildgroßhdlg.
E. Kretschmer
Breslau 1
Karlstr. 44 u. Kaiser-Wilhelmstr. 3
Gegründet 1878 — Fernruf Ring 556, Ohle 2056 — Telephonische Aufträge sofort per Auto frei Haus. — Prompter Versand nach auswärts.

Hirschberg

Schuhwaren kauft man preiswert bei
Karl Wolfsdorf
Hirschberg Pfortengasse 1, am Torberg

Vollkornbrot / ärztlich empfohlen
B. Ullrich's Bäckerei, Weidenstraße 26

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Betrifft: Gewährung von Schulgeldbeihilfen für das Schuljahr 1928.

Wie im Vorjahre sollen auch für das mit Ostern d. J. beginnende Schuljahr Schulgeldbeihilfen gewährt werden, und zwar werden diese Beihilfen nur für Schüler bzw. Schülerinnen gegeben, deren **Persönlichkeit und Leistungen** die Aufwendung öffentlicher Mittel rechtfertigen. Außerdem kommen für die Gewährung von derartigen Beihilfen **nur Minderbemittelte** in Frage.

Durch die Gewährung dieser Schulgeldbeihilfen wird bezweckt, besonders begabten Schülern bzw. Schülerinnen den Zugang zu mittleren oder höheren bzw. gewerblichen Schulen, wie das Verbleiben auf diesen zu ermöglichen.

Ich fordere die Eltern und Vormünder, welche nach Vorstehendem für die Gewährung von Schulgeldbeihilfen für ihre Kinder bzw. Mündel in Frage kommen auf, entsprechende Anträge sofort, spätestens bis 15. Februar d. J., bei dem Unterzeichneten einzureichen. Den Anträgen, welche die Familienverhältnisse erkennen lassen müssen, sind beizufügen:

1. **Der Nachweis** über das in den letzten drei Monaten gehabte Einkommen (Lohnbeutel pp.).
2. Eine gutachtliche Aeußerung der in Frage kommenden Schule, aus der u. a. die Angaben der Leistungen des Schülers bzw. der Schülerin ersichtlich sind.

Anträge, die nach dem 15. Februar eingehen, können keine Berücksichtigung finden.

Weißstein, den 9. Januar 1928.

Der Gemeinde-Vorsteher.
Hertwig.

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Sitzung der Gemeinde-Vertretung
Dienstag, den 24. Januar 1928
17½ Uhr
im Saale des Bürgerheims (Jugendheim).
Tagesordnung
hängt im Amtsgebäude, Hausflur, aus.
Weißstein, den 17. Januar 1928
Der Gemeinde-Vorsteher
Hertwig

Genossen werbt für Eure Presse!

Beuthen

Metallbetten
Auflegematratzen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190
Beuthen, Pielarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

Monds gelbe Arbeitsgemeinschaft

Der Generalrat völlig einverstanden — Cook stört die „Friedens"idylle

London. (Eig. Bericht.) Ueber die erste Arbeitsgemeinschaftskonferenz des Generalrats mit der Mond-Gruppe wurde ein inoffizieller Bericht herausgegeben, in dem die Ergebnisse der Verhandlungen dahin zusammengefaßt werden, daß die Parteien sich über den Gang und die Gegenstände der weiteren Verhandlungen völlig geeinigt hätten. In der nächsten Sitzung soll ein paritätisches Komitee eingesetzt werden, das genau formulierte Vorschläge für die weiteren Verhandlungen ausarbeiten soll.

Die Konferenz wurde durch Mond eröffnet, der in einer längeren Rede im Sinne seines kürzlichen Presse interviews (dessen Inhalt wir ausführlich dargestellt haben) ein Schema für die Organisierung des Arbeitsgemeinschaftsapparates nach dem Muster des im englischen Chemietrusts bereits teilweise verwirklichten Werksgemeinschaftssystems vorschlug.

Mond führte konkret die folgenden Punkte für die weiteren Verhandlungen auf: Verhinderung künftiger Arbeitskonflikte durch ein Schlichtungssystem, „Gewinnbeteiligung" der Arbeiter entsprechend der Steigerung der industriellen Produktion, „Rationalisierung" der Industrie durch fortschreitende Konzentration, Einführung neuer Produktions- und Arbeitsmethoden und die Frage der Auswirkung der Besteuerung auf die Entwicklung der Industrie. Den Arbeitern wolle man entgegenkommen durch Verbesserung der Sicherheitsmaßregeln in den Betrieben, durch eine Reorganisation der Wohlfahrtspflege, der Arbeitslosenversicherung und der Förderung der Berufsausbildung.

Der Vorsitzende des Generalrats, Ben Turner, beantwortete Monds Vorschläge mit der Erklärung, daß der Generalrat im Interesse einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Unternehmern zu den größtmöglichen Zugeständnissen bereit sei und die Vorschläge Monds für eine geeignete Basis für die weiteren Verhandlungen halte.

Während der mehr als dreistündigen Konferenz richtete Cook, der als Mitglied des Generalrates an den Verhandlungen teilnahm, zu wiederholten Malen scharfe Angriffe gegen die Unternehmer und wandte sich entschieden gegen die Arbeitsgemeinschaft. Der rechte Flügel des Generalrats schickte darauf zu seiner Rechtfertigung mehrere Redner vor, die Cooks Ausführungen verurteilten und die Erklärung abgaben, daß die von Cook geäußerten Ansichten der Meinung des Generalrats widersprechen.

Man einigte sich auf die Einsetzung eines gemeinsamen Untersuchungskomitees und auf die Fortsetzung der Verhandlungen in der ersten Februarwoche. Mond teilte noch mit, daß die Unternehmer einen Unterausschuß zur Vorbereitung der weiteren Verhandlungen ernannt hätten, worauf Turner ankündigte, daß auch der Generalrat in seiner nächsten Sitzung am 25. Januar ein ähnliches Komitee einsetzen werde.

Nach Schluß der Konferenz erklärte Ben Turner vor Pressevertretern, daß er die Vorschläge Monds als eine sehr vernünftige Verhandlungsbasis begrüße, und daß der Generalrat für ihre Annahme sich entschlossen habe.

In Burnley hielt Henderson gestern eine Rede über die Arbeitsgemeinschaft, worin er u. a. erklärte: Alle Erfahrungen zeigen, daß zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie, zur Herabsetzung der Kosten und Erzielung größerer Ergebnisse die bereitwillige Mitarbeit der organisierten Arbeiterschaft erforderlich sei. Es sei zu hoffen, daß der Generalrat und die Mond-Gruppe im Laufe ihrer Verhandlungen praktische Wege finden, um diese Ziele zu erreichen.

Ist das sowjetrussische Petroleum gestohlen?

Henry Deterding, das Haupt des Petroleum-Trusts „Royal Dutch Shell", bezeichnete vor kurzem, mitten in der von ihm in Szene gesetzten Kampagne gegen unsere Petroleum-Produkte im Ausland, unser Petroleum als „gestohlenes".

Gleichsam als Antwort darauf veröffentlicht der sowjetrussische Petroleumtrust „As-Neft" einige Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen eingehenden und sorgfältigen statistischen Untersuchung der Petroleumfelder von Baku.

Diese Zahlen sind äußerst lehrreich, nicht nur als überzeugender Beweis der vom sowjetrussischen Petroleumtrust geleisteten gewaltigen Arbeit, sondern auch als schallende Ohrfeige an die Petroleummagnaten von der Sorte Deterdings. Vor allem über die Petroleumfelder selbst. Die Gesamtfläche der ausgebeuteten Petroleumfelder betrugen 1913 2 124 Desjatinen. Sieben Tätigkeitsjahre des Trusts „As-Neft" haben sie auf 4 158 gebracht, d. h. über 2 000 Desjatinen, an deren Ausbeutung die Herren Petroleummagnaten auch nicht einmal gedacht haben, sind der Produktion nutzbar gemacht worden. Große neue Petroleum-Rayons sind buchstäblich aus dem Boden gezaubert.

Weitere Zahlen sind aber noch bedeutungsvoller: Wieviel Bohrlöcher haben wir von den ehemaligen Petroleum-Industriellen erhalten und wieviele verdanken wir unserer eigenen Arbeit?

Von den ehemaligen Petroleum-Industriellen haben wir insgesamt 1 092 brauchbare Bohrlöcher übernommen. Im Laufe von sieben Jahren haben wir 1 073 vernachläßigte, zum Teil mit Wasser überschwemmte Bohrlöcher wieder in Betrieb gesetzt und 902 neue gebohrt, d. h. 1 975 Bohrlöcher ins Leben gerufen — es sind zwei Drittel der gegenwärtig ausgebeuteten Bohrlöcher des „As-Neft". Noch selbst diese Zahlen sind nicht so überzeugend, als diejenigen über die Petroleumgewinnung aus alten und neuen Bohrlöchern. Darüber können sich die ehemaligen Petroleumkönige tatsächlich blau ärgern. Es wird festgestellt, daß alle alten Bohrlöcher im ersten Halbjahr 1927 1 041 000 Tonnen Petroleum geliefert haben, während aus den 902 neuen Bohrlöchern in derselben Zeit 2 280 000 Tonnen gewonnen wurden, d. h. mehr als das Doppelte. 31,4% und 68,6%. In diesen Zahlen drückt sich die Petroleumgewinnung aus alten und aus neuen Bohrlöchern aus.

Die alten Bohrlöcher erschöpfen allmählich ihre Vorräte, die neuen aber, die ihre Entstehung der hartnäckigen Arbeit unserer Arbeiter und Ingenieure verdanken, liefern immer mehr der wertvollen Flüssigkeit.

Hier diese Statistik über das erste Halbjahr 1927 aus den wichtigsten Rayons, in denen die alten Bohrlöcher quantitativ überwiegen.

Rayons	alte Bohrlöcher	neue Bohrlöcher	Ant. d. neuen Bohrlöcher
1. Sabuntschi	218 986 Tonnen	294 185 Tonnen	57%
2. Bibi Ribat	196 491 Tonnen	580 067 Tonnen	75%
3. Binagati	45 727 Tonnen	144 719 Tonnen	76%
4. Surachany	109 714 Tonnen	818 206 Tonnen	88%

Dies ist die trockene Sprache der Zahlen, die die frechen Lügen unserer Feinde widerlegen und über das sowjetrussische Petroleum die Wahrheit aussagen.

Ist es nicht vielleicht diese bittere Wahrheit, die Sir Henry Deterding bewogen hat, von der Boykottkampagne gegen das sowjetrussische Petroleum zur Fälschung des Tscherwonez überzugehen?

Die Pläne Maslows

Die „Reichsleitung" der Maslowschen Parteispalter beschäftigt sich gegenwärtig mit der Frage einer Parteibildung im Reichsmaßstabe. Beschlossen wurde, diese „Partei" in der Form eines Bundes zu bilden. Ueber den Namen ist man sich noch nicht vollständig im klaren, erwogen wird aber, diesen Bund der Renegaten, Parteispalter und Inhaber gestohlener Parlamentmandate zwecks Täuschung der Arbeiterklasse „Lenin-Bund der linken Kommunisten" zu nennen.

Ferner beschäftigt sich die Reichsleitung mit der Frage, wie der Suhler „Volkswille", das der Suhler Arbeiterschaft durch Maslow entrissene frühere Parteiorgan, aufrechterhalten werden könnte. Da die finanziellen Schwierigkeiten bereits im Januar außerordentlich groß sind, wurden zunächst durch alle möglichen Mittel 1 500 Mark zur Finanzierung der antibolschewistischen Agitation aufgebracht. Gleichzeitig wurde beschlossen, Bartels in die Redaktion des „Volkswille" als Vertrauensmann der Reichsleitung hineinzusetzen, da Guode Heym unfähig sei, die Redaktion des Blattes im Sinne Maslows zu leiten. Ein Antrag, die Druckerei des „Volkswille" durch Aufträge der Maslowiten (Druck des Mitteilungsblattes usw.) zu unterstützen, wurde abgelehnt, da man dieses Organ in Berlin behalten müsse mit der Absicht, es eventuell später zu vergrößern und da das ganze Unternehmen in Suhl auf zu unsicheren Füßen steht. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die 4 000 Abonnenten des „Volkswille" heute auf 1387 zusammengeschmolzen sind und daß im Dezember nur 100 neue Abonnenten gewonnen wurden.

Ferner wurde mitgeteilt, daß die trotzkistische Opposition in der Sowjetunion die für eine kurze Zeit unterbrochene Verbindung mit der Maslowgruppe erneut aufgenommen habe.

Diese Tatsachen müssen unsere Parteigenossen veranlassen, überall den entschiedensten Kampf für die restlose Ueberwindung der noch vorhandenen parteifeindlichen Gruppen zu führen. Insbesondere steht jetzt auch die Frage vor jenen Genossen im Wedding und in der Pfalz, die heute noch in Opposition stehen, wie lange sie noch diese Versuche der Weber, Riese und Baumgärtner dulden wollen, im Zusammenspiel mit der Maslow-Partei auch dort Spaltungsmaßnahmen einzuleiten. Die Suhler Arbeiter aber, die sich von einer kleinen Clique offener Parteifeinde ihr mühsam aufgebautes Unternehmen entreißen ließen, müssen erkennen, daß Maslow nur den Ruin ihrer Druckerei und ihrer Zeitung herbeiführen wird.

Wie russische Arbeiter lernen

Die Bildungsarbeit in der Waggon- und Lokomotivenfabrik „Profintern"

Von unserem russischen Arbeiterkorrespondenten
Franz Iwanowitsch Müller

Brjansk, Anfang Januar 1928.

Am Montag und Freitag besuchen unsere im Produktionsprozeß stehenden Parteigenossen einige Stunden nach Arbeitsschluß die Parteischulen und Bildungszirkel. An diesen Tagen denkt jeder Parteikandidat an die Bestimmung des Parteistatuts, nach dem kein Kandidat Mitglied der Partei werden kann, bevor er nicht die Parteischule mit dem gekürzten Programm hinter sich hat. Diese Parteischule dauert sechs Monate, ihr Besuch ist für jeden Kandidaten obligatorisch.

In der Fabrik „Profintern" gibt es eine Reihe Schulen und Bildungsgruppen für die Mitglieder und Kandidaten der Partei. Ich zähle sie auf: 6 Anfangsschulen (250 Mann), 7 Schulen für Fortgeschrittene (300 Mann), 3 marxistisch-leninistische Zirkel (75 Mann), 2 politisch-ökonomische Zirkel (50 Mann), 2 Zirkel (40 Mann) beschäftigen sich mit der Geschichte der WKP. (b), die Abendkurse der Partei (120 Mann) finden dreimal wöchentlich statt und werden hauptsächlich von den Parteifunktionären besucht, für die theoretische Fortbildung gibt es drei Seminare, 2 Zirkel (30 Mann) beschäftigen sich mit den aktuellen Fragen der Politik, 15 Zirkel umfassen die 300 Betriebsagitatoren. Die Schulen und Zirkel haben die verschiedensten Programme, aber nur ein Ziel: das theoretische und praktische Wissen unserer 1700 Mann starken Parteiorganisation zu heben.

An der Spitze der unteren Schulen stehen Parteigenossen aus dem Produktionsprozeß, die einen Spezialkursus für Propagandisten oder die zweijährige Bezirksparteischule hinter sich haben. An der Spitze der höheren Schulen und Zirkel stehen Genossen, die das vierjährige Studium einer kommunistischen Universität bewältigt haben. In der Mehrzahl sind das frühere Arbeiter. Die Jugendorganisation, die bei uns 2500 Mann zählt, hat eigene Schulen und Bildungszirkel: Diese werden von 100 Prozent der Mitgliedschaft besucht.

Am Montag und Dienstag geht es in den Wandelgängen des Volkshauses sehr lebhaft zu. In seinen 22 Zimmern ist es warm und gemütlich. Vielfach sieht man Arbeiter von 40 und 50 Jahren, die bereits mehr als 30 Jahre im Betrieb stehen und trotzdem beim Pauken der marxistisch-leninistischen Wissenschaft den Jüngeren nicht nachstehen wollen. Das Lernen fällt ihnen leicht, denn sie lernen ihr eigenes Leben in der Vergangenheit und den Aufbau des Sozialismus in der Zukunft kennen. Die Kursusteilnehmer sind deshalb außerordentlich interessiert. In der Schule findet jeder Hörer auf alle Fragen des Lebens, der Produktion, der geschichtlichen Vergangenheit und der Gegenwart Antwort. Die marxistisch-leninistische Schule ist verpflichtet, dem Arbeiter auf alle Fragen Antwort zu geben, und sie wird ihrer Pflicht gerecht.

Nicht schlechter, ja noch besser lernen die parteilosen, insbesondere die jugendlichen Arbeiter. Für diese gibt es folgende Schulen und Zirkel: Mehrere Schulen für Anfänger (200 Mann), 3 Zirkel der Gewerkschaftsfunktionäre (70 Mann), 15 Zirkel der Arbeiterkorrespondenten (300 Mann) und 3 Zirkel für Genossenschaftsfunktionäre (70 Mann). Daneben besteht eine Reihe von Selbstbildungszirkeln, die die verschiedensten Fragen der Technik und Gesellschaftslehre studieren.

Insbesondere eifrig lernt die Jugend. Für diese gibt es in der Fabrik und in der Stadt folgende Schulen: Eine vierjährige Schule der Fabriklehrlinge (300 Mann), ein dreijähriges Abendtechnikum (300 Mann), Meisterkurse (80 Mann), eine Arbeiterfakultät (350 Mann). Anläßlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion wurde bei uns eine Arbeiteruniversität mit zwei Fakultäten eröffnet.

Von den 14 000 Arbeitern unserer Waggon- und Lokomotivbaufabrik „Profintern" besuchen 5500 bis 6000 Mann die verschiedensten Kurse und Schulen. Allabendlich nach der vollbrachten Tagesarbeit im Betrieb eilen die Arbeiter zum Studium. Dort sitzen sie vier bis fünf Stunden. Es ist begreiflich, daß alle nicht mitkommen können. 5 bis 10 Prozent verlassen die Schule, ohne das Programm durchgenommen zu haben. Wir hoffen, daß mit dem Uebergang zu dem Siebenstundenarbeitstag diese Zahl geringer wird. Trotz verschiedener Hindernisse pauken die Arbeiter unserer Fabrik die Wissenschaft und arbeiten an der Selbstbildung, um besser fähig zu sein, ihren Arbeiterstaat aufzubauen. Nicht gering ist die Zahl unserer Arbeiter, die durch den Besuch von Abendstunden sich Zutritt zu höheren Anstalten verschafft haben. In dem verfluchten Zarismus war das vollkommen ausgeschlossen.

Der leidenschaftliche Wissensdrang des Sowjetarbeiters zeugt davon, daß er gewillt ist, alles anzusetzen, um die Vollendung des vor 10 Jahren begonnenen Aufbaues besser und schneller herbeizuführen. Mit einem erweiterten Horizont wird er besser in der Lage sein, mit der ihm von der Geschichte gestellten Aufgabe fertig zu werden.

Aus aller Welt

Prügelnde Priester im heiligen Land

Nach einem Berichte des „Corriere d'Italia" aus Bethlehem ist es zu Weihnachten und Epiphanien in der Geburtsstätte des Herrn zu wilden Szenen zwischen den katholischen Ordensbrüdern und griechischen Priestern gekommen. Die Franziskaner dürfen dort am 25. Dezember bis 5 Uhr früh Messe lesen, worauf die Reihe an die griechisch-orthodoxen Priester kommt. Kurz vor 5 Uhr erschienen aber bereits zwei griechisch-orthodoxe Priester, die, unterstützt von ihren Getreuen, die sofortige Unterbrechung des katholischen Gottesdienstes forderten und mit Geschrei und unter Drohungen auch durchsetzten. Nur die rasch herbeigeholte Polizei konnte verhindern, daß der Streit in Tätlichkeiten ausartete.

Nachmittags hatten dann die Orthodoxen bereits das Feld der Hirten besetzt und räumten den Katholiken, die dort ihren Gottesdienst abhalten wollten, nur fünf Minuten ein. **Als die fünf Minuten um waren, fiel der griechische Priester über seinen katholischen Kollegen her und warf den tragbaren Altar um.** Die englische Behörde veranlaßte die griechisch-orthodoxen Geistlichen, sich bei den Katholiken zu entschuldigen. Der Friede dauerte aber nur bis zum Vorabend des Epiphanientages, wo wiederum zwei griechische Priester vor dem Altar der Geburtsstätte einen dort die Messe lesenden katholischen Priester mit Kerzen niederschlugen, so daß er blutend liegen blieb. Zwei auf seine Hilferufe herbeieilende Ordensbrüder wurden auf die gleiche Weise mißhandelt.

Die verschiedenen Konsulate beschäftigen sich nun mit den Vorfällen, während die Katholiken mit Nachdruck fordern, daß ihr Recht im Heiligen Lande endgültig anerkannt und festgelegt werde.

Angriff auf ein Gefängnis, um einen Mörder zu lynchen.

TU. Neuyork, 17. Januar. In Flint im Staate Michigan versuchte die wütende Volksmenge das Gefängnis zu stürmen, um einen dort vermuteten Mädchenmörder zu lynchen, der ein fünfjähriges Mädchen getötet und verstümmelt haben soll. Die herbeigerufene Nationalgarde versuchte, die Menge durch Tränengasbomben zu zerstreuen, die aber von ihr aufgefangen und zurückgeworfen wurden, so daß sich die Nationalgarde gezwungen sah, sich ins Gefängnis zurückzuziehen. Im Verlauf des Kampfes zwischen der Polizei und der Menge wurde auch scharf geschossen.

Ein geistlicher Anstaltsdirektor mißhandelt ein siebzehnjähriges Mädchen durch Stockschläge auf das nackte Gesäß

Ein Beitrag zum Reichsschulgesetzentwurf

Das städtische Jugendamt hat in Dresden einen Vertrag mit dem christlichen Magdalenen-Hilfsverein abgeschlossen, wonach pflegebedürftige Mädchen nach dort überwiesen werden. Der Magdalenen-Hilfsverein unterhält zwei Heime, eins in Loschwitz, wo Mädchen von der Außenwelt abgeschlossen werden, eins auf der Ammonstraße 28, wo dem Erwerb nachgegangen werden kann.

Folgender Vorgang hat sich nun in dieser Anstalt zugetragen. Ein 17jähriges Mädchen befindet sich in dem Heim Paul in Loschwitz. Sie soll nun die „schwere Tat" begangen — nämlich einem anderen Mädchen einen Kuß gegeben zu haben. Diese Tat ist dem Anstaltsdirektor, Pfarrer Hickmann, gemeldet worden. Die Mädchen hatten dies alles vergessen; dessen ungeachtet wird das Mädchen ohne Ahnung am 13. Dezember 1927 von einer Pflegerin in den Nachmittagsstunden aus dem Heim Loschwitz nach dem Heim Ammonstraße zu dem Anstaltsdirektor Pfarrer Hickmann gebracht. Dort übergibt die Pflegerin dem Pfarrer das Mädchen; die Pflegerin wird nach den oberen Stockwerken geschickt. Hinter geschlossenen Türen verhandelt nun der Herr mit dem Mädchen in der Weise

daß er ihr sagt, daß er bisher ein guter Vater gewesen sei, doch heute müsse er ein strafender Vater werden. Er führt das Mädchen aus dem Direktorzimmer in einen anschließenden Raum; Angestellte waren nicht mehr zugegen. Der nun strafende Herr Pfarrer als „Vater" stellt nun einen Stuhl in die Mitte des Zimmers, befiehlt dem Mädchen, sich über den Stuhl zu legen und die Kleider hochzuheben. Das Mädchen weigert sich; darauf legt der „Vater" seine Hand auf den Rücken und zwingt das Mädchen auf den Stuhl, hebt dessen Kleider hoch und verabfolgt ihr mit einem Stock sechs Schläge auf das Gesäß. Das Mädchen weint fürchterlich und soll bei jedem Schlag noch auf die Frage des Pfarrers, ob sie sich schuldig fühle, mit „Ja" antworten. Nach der Prozedur wird das Mädchen in das Direktorzimmer zurückgeführt und ist so zugerichtet, daß es nicht in der Lage ist, sich zu setzen. Gegen 6 Uhr wird das Mädchen von der Pflegerin nach dem Haus in Loschwitz zurückgebracht. Das geschlagene Mädchen erzählt nun den Mitinsassen von dem Vorkommnis, da sie sich lange vor Schmerzen nicht setzen konnte. Die Folge war, daß die Anstaltsleitung das Mädchen von den anderen isolierte, daß sie sich auf einen besonderen Platz setzen mußte und somit das zweite Mal gestraft wurde. Am 17. Dezember 1927 ist ein Urlaubsgesuch der Eltern von demselben Pfarrer abgeschlagen worden. Am 8. Januar 1928 hat nun die Mutter ihre Tochter im Heim aufgesucht und auf ihre Einwände erfahren, was geschehen war.

Die kommunistische Fraktion im Stadtparlament hat sich dieser Angelegenheit angenommen und am 9. Januar beim Jugendamt die schnellste Untersuchung verlangt. Der Herr Anstaltsdirektor Pfarrer Dickmann hat in Gegenwart der kommunistischen Stadtverordneten Lade und Neuhof, des Jugendausschußmitgliedes Schumann und der Eltern des Mädchens die Prügelstrafe gutgeheißen und als notwendig bezeichnet. Er hat erklärt, daß im Heim die Prügelstrafe bisher angewandt wurde und auch weiterhin angewandt werden soll.

Vor einer neuen Kältewelle?

TU. **Stockholm**, 18. Januar. **In Mittel- und Nordschweden ist die Temperatur erneut bis zu 28 Grad unter Null gesunken. Man erwartet, daß sich die Kältewelle weiter nach Süden ausdehnen wird.**

Die gefährdeten Wohnhäuser in Charlottenburg.

Berlin, 18. Januar. Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel teilt mit, daß er nach einer Besichtigung der gefährdeten Häuser in Charlottenburg angeordnet hat, daß zunächst die beiden am meisten gefährdeten Wohnungen im dritten und vierten Stockwerk des Hauses Hebbelstraße 17 polizeilich geräumt werden. Außerdem verfügte der Polizeipräsident die Sperrung dieses Teils der Hebbelstraße für den Verkehr mit Lastfahrzeugen, durch den ständig erhebliche Erschütterungen in den gefährdeten Häusern hervorgerufen wurden.

Zu der Besichtigung der gefährdeten Häuser wird von privater Seite noch mitgeteilt: Als der Polizeipräsident eine Wohnung in der Hebbelstraße 17 betrat, war in einem der Zimmer gerade ein Stück der Decke heruntergebrochen, so daß die Bewohner des darüber liegenden Zimmers dem Polizeipräsidenten durch das entstandene Loch die Hände zum Gruß entgegenstreckten.

Der Fall des Mörders Böttcher vor dem Landtagsausschuß. — Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Fall Böttcher. Den Verhandlungen lag die Eingabe auf vorläufige Aussetzung der Strafvollstreckung und auf Untersuchung des Böttcher auf seinen Geisteszustand durch einen Gerichtssachverständigen zugrunde. Ein Regierungsvertreter betonte, daß irgendwelche Bestimmungen nicht verletzt seien. Der Landtag habe kein Recht, hier als endgültige Gnadeninstanz zu wirken. Durch drei Sachverständige sei zweifellos die völlige geistige Gesundheit des Angeklagten festgestellt worden. Nach einem kommunistischen Antrage, der die Hinrichtung verurteilt, wurde auch die Eingabe, als durch die inzwischen eingetretene Strafvollstreckung gegenstandslos geworden, zurückgewiesen.

Erstickungstod dreier Kinder. — TU. Rybnik, 18. Januar. Gestern wurden in einer Wohnung drei Kinder im Alter von fünf, drei und zwei Jahren erstickt aufgefunden. Während sich die Eltern in einer Destille aufhielten, geriet das Stroh der Kinde durch den in der Nähe stehenden Ofen in Brand. Infolge der verschlossenen Tür konnten die Kinder nicht ins Freie und fanden den Erstickungstod. Gegen die fahrlässigen Eltern ist Anzeige erstattet worden.

Mord und Selbstmord aus verschmähter Liebe. — TU. Rybnik, 18. Januar. Gestern nachmittag verwundete ein 22jähriger junger Mann seine 19 Jahre alte Geliebte durch drei Revolverschüsse so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Der junge Mann flüchtete und warf sich heute nacht vor einen Personenzug, der ihn auf der Stelle tötete.

Aus Betrieb und Werkstatt

An unsere Arbeiterkorrespondenten

Anfang dieser Woche haben wir an eine Anzahl unserer Arbeiterkorrespondenten die sehr interessante Schrift „Der Arbeiterkorrespondent" von Paul Böttcher versandt. Wir hoffen, daß das eifrige Studium des kleinen Büchleins den Genossen in ihrer Arbeit helfen wird. Arbeiterkorrespondenten, die Wert auf den Besitz des Büchleins legen, können dieses von der Redaktion anfordern. Der kleine noch vorhandene Vorrat wird gratis abgegeben. In der Arbeiterbuchhandlung und bei den Literaturobleuten ist sie zum Preise von 50 Pfg. noch zu haben.

Pinkertonhetze gegen Betriebsräte

Die Pinkerton-Gesellschaft begnügt sich nicht damit, gegen gutes Geld die kommunistischen Betriebszellen zu bespitzeln und den Unternehmern die Unterlagen für Entlassungen revolutionärer Arbeiter zu liefern, sondern sie benutzt die Urteile der Arbeitsgerichte gegen Betriebsräte, um die Direktionen gegen dieselben scharf zu machen. Wahrscheinlich hofft die Pinkerton-Gesellschaft auf diese Weise ihren Kredit bei den Unternehmern zu verstärken und neue Aufträge zu erhalten. Das nachfolgende Rundschreiben wurde an eine Reihe von industriellen Unternehmungen gerichtet:

„Pinkerton-Gesellschaft
Abteilung A.

Berlin-Charlottenburg, den .....
Grolmannstr. 32/33.

Es dürfte von Interesse für Sie sein, zu erfahren, daß das Berliner Arbeitsgericht dieser Tage ein Urteil gegen ein Betriebsratsmitglied gefällt hat, das von grundlegender Bedeutung für jeden Unternehmer und Betriebsleiter ist.

Das Arbeitsgericht hat entschieden, daß Betriebsräte, die die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung auffordern oder auch nur versuchen, dies zu tun, fristlos entlassen werden können, da dieser Versuch eine Handlung darstellt, die gegen die guten Sitten verstößt. Als eine solche zur fristlosen Entlassung berechtigten Handlung wurde in dem zur Verhandlung stehenden Falle sogar angesehen, daß ein Betriebsratsmitglied in einer freigewerkschaftlichen Funktionärversammlung die Belegschaft aufgefordert hat, zum Protest gegen die Ermordung Sacros und Vanzettis die Arbeit niederzulegen.

Die Urteilsbegründung des Arbeitsgerichts lautet:

„Dem Kläger sei es wohl gestattet, an Funktionärkonferenzen teilzunehmen, dieses Recht ist in den §§ 157 bis 162 der Reichsverfassung, die vom Koalitionsrecht handeln, verankert. Die Rechte der Reichsverfassung gelten jedoch nur innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetzgebung. Und hier hat der Kläger gegen den § 123,7 der Gewerbeordnung verstoßen, was die fristlose Entlassung rechtfertigt. Es ist dabei nebensächlich, ob tatsächlich zum Streik aufgefordert ist oder dies nur versucht wurde, denn schon der Versuch, Arbeiter zu Handlungen zu verleiten, die gegen die guten Sitten verstoßen, rechtfertigt die Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes."

Wir bitten Sie, von diesem Urteil Kenntnis zu nehmen, das wir besonders deswegen weitergeben, weil ein großer Teil der Betriebsratsmitglieder, besonders die Betriebsräte, die freigewerkschaftlich organisiert sind, sich des hier geschilderten Vergehens schuldig machen.

Wir empfehlen uns Ihnen und zeichnen

Hochachtungsvoll."

Unsere Genossen müssen die Treibereien der Pinkerton-Gesellschaft, insbesondere ihr Vorgehen gegen die Betriebsräte, benutzen, um in den Betriebsratssitzungen auf die Gefährlichkeit der Pinkerton-Gesellschaft hinzuweisen. In allen Betrieben, in denen in letzter Zeit ein Pinkerton-Agent sein Glück versuchte, muß der Betriebsrat unbedingt Stellung nehmen und hat alle eventuellen Entlassungen, die auf Grund eines Spitzelberichts erfolgen, zu beanstanden.

So sehen sie aus?

Die Personalbeschreibung der beiden Hauptagenten der Pinkerton-Gesellschaft

Die Pinkerton-Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg, beschäftigt zwei „Beamte" (auf gut deutsch: Achtgroschenjungens), deren spezielle Aufgabe die Ausbaldowerung kommunistischer Betriebszellen ist.

Vor einem dieser Kerle wurde in der kommunistischen Presse schon oft gewarnt, trotzdem hatte er bei seinem Treiben immer wieder das Glück, vertrauensselige Arbeiter zu finden, die ihm — wenn er sich ihnen als Korrespondent einer Zeitung usw. vorstellt — bereitwilligst Auskunft erteilten.

Vorsicht im Gespräch mit Betriebsfremden! Sonst muß vielleicht so mancher Arbeiter seine vertrauensseligen Angaben, die er einem Pinkerton-Spitzel macht, mit seiner Entlassung büßen. Vor allem keine Betriebspolitik am Biertisch! Mit Vorliebe treiben sich die Pinkerton-Spitzel in den Arbeiterverkehrslokalen herum, um aus den Gesprächen der Arbeiter für sie interessante Dinge zu erfahren.

Nachfolgend geben wir eine Beschreibung der beiden Burschen und fordern alle Arbeiter auf, auf dieselben zu achten und sie bei weiterem Auftreten so abzuweisen, daß sie das Wiederkommen vergessen.

Heinrich, Willi, wohnhaft Berlin-Reinickendorf, General-Barby-Straße 101, 2. Stock; geboren 23. 1. 1896 in Wurzen; 1,70 Meter groß, untersetzt, volles rundes Gesicht, rotblondes Haar, graublaue Augen, spricht Berliner Dialekt. — Besonderes Kennzeichen: Narbe über dem linken Auge.

Ciesniewski, Felix, wohnhaft Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 144; 1,75 bis 1,80 Meter groß, schlank; grammeliertes Haar; volles rundes Gesicht, hellblaue Augen; spricht deutsch mit polnischem Akzent; geboren am 17. 6. 1887 zu Danzig.

Es ist natürlich wahrscheinlich, daß diese beiden Subjekte sich bei irgendwelchen Erkundigungen nicht mit ihrem richtigen Namen vorstellen. Trotzdem wird es ein Leichtes sein, sie an Hand unserer Personalbeschreibung zu identifizieren. In jedem Fall, in dem ein Betriebsspitzel gestellt werden kann, muß ihm unbedingt sämtliches Material, Ausweise und Berichte, abgenommen werden.

Der Schrei nach Wahrheit über Rußland

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Am Sonntag fand in Hirschberg die Jahresgeneralversammlung der Fabrikarbeiter statt. Kollege Müller hielt einen Vortrag über das Thema: „Arbeiterschaft, Wirtschaft und Staat". Der Referent behauptete, die Arbeiterschaft besitze jetzt mehr Rechte als vor dem Kriege und verwies auf das Betriebsrätegesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetz und Arbeitszeitverordnung hin. Die Aussprache war sehr heftig. Verschiedene Kollegen stellten mit Recht fest, daß auch der heutige Staat lediglich die Arbeitermassen unterdrücke. Es sei unsinnig, von der Demokratie im heutigen Staat zu sprechen, weil nur die brutale Macht der Trustmagnaten herrscht. Durch die Rationalisierung seien die Löhne heruntergedrückt worden. Das Heer der Erwerbslosen wachse ins Uferlose. Die Aufforderung des Referenten, für ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben zu kämpfen, mit anderen Worten die Wirtschaftsdemokratie anzustreben, seien Phrasen, denn etwas erreichen könne man lediglich durch den schärfsten Klassenkampf und Enteignung der Betriebe durch das Proletariat. Im vierten Tagesordnungspunkt wurde die Hetze des „Proletarier" und „Keramischen Bund" gegen Sowjetrußland, insbesondere die Artikel von Abramowitsch, kritisiert. Die Opposition führte an, daß der Kollege Mattern die Verhältnisse in Rußland mit eigenen Augen gesehen hat und bestätigen kann, daß dort die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern liege und der Achtstundentag nicht nur auf dem Papier wie in Deutschland stehe. Daraufhin wurde ein Antrag angenommen, den Kollegen Mattern vor den Funktionären und Betriebsräten des Fabrikarbeiter-Verbandes Hirschberg einen Bericht über seine Rußlandreise erstatten zu lassen. Die Annahme des Antrages paßte den reformistischen Führern natürlich nicht. Die berüchtigte Broschüre des Sozialdemokraten Koch mußte herhalten, so daß man den Eindruck hatte, Kollege Müller spreche nicht als Gewerkschaftler, sondern als Vertreter seiner Partei. Wenn die Kommunisten ähnliches tun, ist immer der Teufel los! Kollegen, nur auf dem Wege des schärfsten Klassenkampfes und Zusammenschlusses der Arbeiterschaft im internationalen Maßstabe wird es möglich sein, den Kapitalismus zu besiegen.

Generalversammlung der Transportarbeiter in Neusalz. Am Sonntag fand die Generalversammlung der Transportarbeiter in Neusalz statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Danach konnte im vergangenen Jahre der Mitgliederbestand gehalten werden. Der alte Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt. Neugewählt wurde Kollege Menzel als Kartelldelegierter, Kollege Rau als Beisitzer und Kollege Schubert als Unterkassierer. Bei der Besprechung verschiedener Verbandsangelegenheiten führte der Kollege Menzel Klage über den schlechten Besuch der Bildungsabende. Die Abhaltung des üblichen Balles wurde abgelehnt. Dafür wurde ein Familienkränzchen beschlossen.

Arbeitslose zum Gewehrreinigen kommandiert.

Welche Methode man anwendet, um die Erwerbslosen zu schikanieren und Vorwände für die Entziehung der Unterstützung zu finden, zeigt ein Vorfall, der sich in Bork, zugehörig zum Landesarbeitsamt Münster, abspielte. Eine ausschlaggebende Persönlichkeit des dortigen Arbeitsamts ist zu gleicher Zeit Vorsitzender des Kriegervereins. Um für den nächsten Hindenburg-Rummel gut gerüstet zu sein oder eventuell beim Durchmarsch von Frontkämpfern oder Reichsbanner die Flinte fertig zur Hand zu haben, (siehe Arensdorf) wurden Erwerbslose zum Gewehrrreinigen kommandiert. Da man ihnen mit dem Entzug der Unterstützung drohte, wenn sie diesem Verlangen nicht nachkommen, haben sie leider dieser unverschämten „Arbeitsvermittlung" Folge geleistet. Jedenfalls ein typisches Beispiel, wie man mit den Rechten der Arbeiter umspringt. Für die dortigen Gewerkschaften und politischen Parteien besteht die Verpflichtung, sofort dafür Sorge zu tragen, daß dieser Kriegervereinsvorsitzende von seiner Stelle beim Arbeitsamt enthoben wird.

Arbeitersport

Schmiedefeld. A. S. V. Sturm. Bei der am 8. 1. stattgefundenen Generalversammlung wurde folgender Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Georg Brück, Klein-Gandau 85; 1. Schriftführer F. Halter; 1. Kassierer F. Grunert. Sportwart Herbert Jurek, Breslau, Grundstraße 12. Sämtliche Schriftstücke sportlichen Inhalts an den Sportwart. Geschäftliche Sachen an den Vorsitzenden.

Zirlau. Fußballsport am Sonntag. Auf hiesigem Platze spielte Stern I — Freie Sportfreunde I Waldenburg. Trotz des schweren Bodens wurde das Spiel flott durchgeführt, und der Verlauf des Spieles zeigte, daß hier zwei gleichwertige Gegner zusammentrafen und nur der Glückhabende Sieger sein konnte. Es war ein dem Arbeitersport würdiges Spiel. Resultat: 4:3 für Waldenburg (Halbzeit 3:1). — Kommenden Sonntag fahren I. und II. Elf nach Fellhammer, um gegen die gleichen Mannschaften der dortigen Arbeiter-Fußballer die festgelegten Freundschaftsspiele auszutragen. Beide Mannschaften fahren mit dem Zuge 10,43 Uhr von Freiburg aus. Freitag abend erscheint alles zum Mannschaftsabend.

Freiburg. Generalversammlung. Die von 50 Sportgenossen besuchte Generalversammlung des Vereins für Rasenspiele fand am 13. Januar im Gasthof zum „Kronprinz" statt. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Unter Geschäftlichem lagen zwei Schreiben vor, und zwar eins vom Bunde, in dem aufgefordert wird, die genaue Mitgliederstärke anzugeben. Das zweite Schreiben kam vom 4. Bezirk und gab die Tagesordnung bekannt zu der am 19. Februar in Altwasser stattfindenden Bezirks- und Gruppensitzung. Die Kassenverhältnisse haben sich stabil gehalten. Der Mitgliederbestand beträgt 92 Mitglieder und 12 Schüler. Drei Neuaufnahmen waren zu verzeichnen, und zwar: Kurt Weiser, Walter Ziegel und Willy Krause. Unter Sportlichem teilte Sportgenosse Philipp die kommenden Spiele mit. Der städtische Sportplatz ist nun endlich fertiggestellt und es soll nun auch regelmäßig trainiert werden, an den Sonnabenden von 2 Uhr nachmittags ab. Zu den Berichten gab der Vorsitzende, Sportgenosse Löffler, einen Ueberblick über die Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung. Im Verein selbst stieg die Mitgliederzahl von 68 auf 92. 13 Vorstandssitzungen und 13 Monatsversammlungen fanden statt. Unfälle ereigneten sich drei. Der zweite Vorsitzende ermahnte die Sportgenossen, treu zum Verein zu halten und finanziell auf dem Laufenden zu bleiben. Der Spielbetrieb war rege und es fanden insgesamt 109 Spiele statt, davon 29 Serien- und 80 Gesellschaftsspiele, darunter eins in Reichenberg in der Tschechoslowakei. Der Gesamtwert des Vereinsvermögens beläuft sich nach den Angaben des Zeugwarts auf 494 Mark. Die Berichterstatter haben zufriedenstellend gearbeitet. Die Neuwahl des Vorstandes mußte einzeln vorgenommen werden, da einige Aemter niedergelegt wurden. Erster Vorsitzender Löffler Karl, zweiter Riedel Fritz, erster Kassierer Feige Max, erster Schriftführer Hedwig Max, erster Spielleiter Philipp Rudolf, erster Zeugwart Knoblich Paul, erster Sportwart Gruschka Max, erster Jugendleiter Feige Max; Berichterstatter für „Arbeiter-Zeitung", „Freiburger Boten" und „Freie Sportwoche" wurde Sportgenosse Adolf Paul. Bezeichnenderweise fand sich niemand von den Anwesenden bereit, für die „Schles. Bergwacht" einzulenden, und dann nach vielem Zureden nahm es der Sportgenosse Philipp Rudolf in die Hand. Am 11. Februar veranstaltet der Verein einen Maskenball. Der Vorsitzende gab unter Verschiedenes bekannt, daß das 9. Stiftungsfest wieder in größerem Rahmen gefeiert werden wird, und zwar ist als Spielgegner in Aussicht genommen die erste Elf von Gablonz in der Slowakei.

Langwaltersdorf. Arbeiter-Turnverein. Die Generalversammlung fand am 7. 1. statt. Nach den Berichten erfolgte die Wahl des Vorstandes, dieser wurde bis auf geringe Aenderungen wiedergewählt. Beschlossen wurde, auf Verlangen der sangeslustigen Genossen, eine Sängergruppe im hiesigen Arbeiter-Turnverein einzusetzen.

Altwarthau. Arbeiter-Radfahrer. Vergangenen Sonnabend fand bei Wendrich die Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende konnte sieben neue Mitglieder begrüßen. Gen. Geßner gab sodann den Jahresbericht. Unsere Ortsgruppe erhielt an Unfall- und Raddiebstahlsentschädigungen vom Bunde 393 Mark. An Beiträgen sind an denselben 269 Mark abgeführt worden. Zum diesjährigen Bezirkstag wurde Gen. Geßner gewählt. Anträge wurden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Beschlossen wurde noch, am 21. Januar bei Wendrich einen Maskenball zu veranstalten. Der Vorsitzende bat, auch in diesem Jahre die Sammelstelle des Fahrradhauses „Frisch-auf" zu unterstützen.

Altwarthau. Arbeiter-Turn- und Sportverein. Am Mittwoch fand die Monatsversammlung statt. Die Berichte wurden entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Das Wintervergnügen wird im Januar in Alt-Jäschwitz wiederholt.

Glogau. Freie Turnerschaft. Am 7. Januar hielt die Freie Turnerschaft ihre Generalversammlung ab, die sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Unter Punkt Eingänge kam auch die Stiftung der fünf Mark für die Rote Hilfe zur Sprache. Zu diesem Punkt meldete sich Gen. Winter. Er führte u. a. aus, daß die Rote Hilfe eine einseitige politische Einrichtung sei. Dem widersprach der Vorsitzende Genosse John. Damit war der Punkt erledigt. Dann folgte der Jahresbericht der technischen Leitung. Es wurde festgestellt, daß im verflossenen Jahre an den Turn- und Spielabenden 7000 Mitglieder teilnahmen. Die Wahl des neuen Vorstandes ergab: 1. Vors. Gen. John, 2. Gilbricht; 1. Kassierer Gen. Hirsemann; Schriftführer Gen. Wiandke. Beisitzer Gen. Reichpitsch und Genossin Walter I. Turnwart Gen. Rudolf; Jugendturnwart Gen. Wiandke; Frauenturnwart Gen. Grzibek; 1. Kinderturnwart Tietze, 2. Peukert; Spielleiter Dittmann; Fahnenträger ... Schmidt; Begleiter Stephan und Teichert. Spielleute Künstler. Außerdem wurden sechs Genossen in das Sportkartell gewählt. Im Mai soll in Glogau ein kreisoffenes leichtathletisches Sportfest stattfinden. — Wir wünschen der Freien Turnerschaft auch in diesem Jahre guten Erfolg und Stärkung des Klassenbewußtseins. J—a.

Heute heraus zur LLL-Feier!

Breslaus Arbeiterschaft gedenkt ihrer toten Führer! **Auf in den Zentralballsaal!**

Aus dem Programm: Ansprache des Genossen Hausen, LLL-Revue (21 Bilder). Parteigenossen, RFB.-Kameraden! Nehmt an dem heutigen Stadtteilwerbeumzuge teil

Breslau

Am Ende ihres Lateins ...

Unglaubliche Hilflosigkeit der Breslauer Polizei

Breslau, 19. Januar.

Die Polizei hat bisher den Mörder aus der Krullstraße noch nicht gefunden. Jeder weitere Tag ergebnislosen Suchens läßt die Wahrscheinlichkeit, diesen doch noch zu fassen, geringer werden. Die verantwortlichen Polizeibeamten ahnen die neue Blamage. Wie es allen Nichtkönnern geht, werden sie darüber nervös. Ihre Maßnahmen, den Mörder aufzuspüren, verlieren auch den letzten Anschein von Systematik. An Stelle kriminalistischen Denkens tritt Planlosigkeit, die auf den — Zufall hofft.

Gestern gab die Kriminalpolizei folgendes von sich: „Die bisherigen Ermittelungen nach dem Mörder aus der Krullstraße haben bisher zu keinem Resultat geführt. Nach dem vorläufigen ärztlichen Gutachten ist anzunehmen, daß sich der Täter zur Ausführung der Tat eines dolchartigen Messers (möglicherweise auch eines sogenannten Armeedolches) bedient hat. Hieraus lassen vor allen Dingen das Aussehen und die Tiefe der Wunden, die z. B. bei dem Herzstich etwa 15 Zentimeter beträgt, schließen. Die Stiche müssen nach dem Obduktionsbefunde mit größter Kraft geführt worden sein. Wenn auch das Motiv zur Tat auf sexueller Grundlage zu suchen sein dürfte, so hat der Täter trotzdem mit größter Wahrscheinlichkeit das dem Mädchen vorher gegebene Geld nach der Tat wieder an sich genommen. Aus dem Publikum gehen auffallend wenig Hinweise auf verdächtige Personen ein. Es wird nochmals dringend gebeten, daß jeder von Personen, auf die die Beschreibung des mutmaßlichen Täters zutreffen könnte, oder der sonst etwas beobachtet hat, der Polizei Mitteilung zukommen läßt. Jede Mitteilung wird auf Wunsch streng vertraulich behandelt. Jeder lege sich nochmals folgende Fragen vor:

Auf welche Personen meines Bekanntenkreises kann die Personalbeschreibung des mutmaßlichen Täters zutreffen? Wem kann ich aus diesem oder jenem Grunde die Tat zutrauen? Wer trägt seit dem Tage der Tat ein verstörtes oder verändertes Wesen zur Schau? Wer hat seit dem Tage der Tat ohne sichtbaren Grund Breslau verlassen? Wer hat in der fraglichen Zeit — Freitag, den 13. Januar, nach 12 Uhr — beim Durchschreiten der Krullstraße verdächtige Wahrnehmungen gemacht? Wer hat seit dem Tage der Tat verdächtige Aeußerungen gehört?

Die Beschreibung des mutmaßlichen Täters wird nochmals bekanntgegeben: Alter 20 bis 30 Jahre, Größe 1,70—1,76 Meter, Gestalt schlank, Gesicht hager und blaß, Bekleidung graugrüne Sportjoppe, graue Breecheshose, graue Ueberziehstrümpfe, vermutlich braune Halbschuhe, graue Klappmütze. Unter dem Arm trug er eine Aktentasche."

Hätten wir es nicht schwarz auf weiß gelesen, wir würden daran zweifeln, daß jemals eine Polizeibehörde Fragen von derartig großem, kriminalistischem „Scharfsinn" stellen kann. Was, so darf man sich wohl erkundigen, verspricht sich die Polizei von solch unsagbar laienhaften Formulierungen wie z. B.: „Wem traue ich die Tat zu?" Auf diese Frage dürften Hunderte von Antworten eingehen. Der Hysteriker, der Verleumder wird geradezu behördlich ermutigt, mißliebige Personen zu denunzieren. Oder was heißt „verstörtes Wesen"? Es dürfte uns nicht wundern, wenn unter den mit dieser Frage gefundenen „Spuren" ein Mensch wäre, dem sein durch Zahnschmerz erworbenes „verstörtes Wesen" zum Verhängnis wurde. Und: „Wer hat Breslau ohne sichtbaren Grund verlassen?" Ja, sind denn die Herren im Polizeipräsidium wirklich so dumm, anzunehmen, daß es auch nur einen einzigen Breslauer gibt, der in den letzten Tagen die Stadt verließ, und von dem jedermann weiß, aus welchem Grunde er das tat?

Jeder, der auch nur eine geringe Portion von Schwätzsucht hat, wird natürlich auf die Anfragen der Polizei seine „hochwichtigen Feststellungen" mitteilen. Hat man nicht aus dem Mordfall Fehse wenigstens das eine gelernt, daß Hunderte von „Spuren", die keine sind, sondern blödes Geschwätz darstellen, einen Schutzwall um den Mörder errichten? Mit dergleichen Mätzchen verzichtet die Polizei freiwillig darauf, des Mörders habhaft zu werden. Soviel an dilettantenhafter Kriminalstümperei ist uns bis jetzt doch kaum vorgekommen.

Es ist eine Satire fällig ...!

Genossen auf dem Krankenlager

Seit längerer Zeit liegen zwei unserer aktivsten Genossen und rührigsten Parteiarbeiter schwer krank danieder. Die Genossen Max Ihmann-Breslau und Wiesner-Ohlau. Leider besteht auch in den nächsten Wochen noch keine Aussicht, daß die Genossen, die führende Funktionäre sind, wieder in bisheriger Weise in Reih und Glied mitkämpfen können. Wir wissen, wie schwer es beiden fällt, nicht mitarbeiten zu können, hoffen jedoch, daß sie in nicht allzu langer Zeit ihre Gesundheit wiedererlangt haben werden und wünschen ihnen baldige Genesung.

Heydebrand bleibt weiter im Amt

Herr v. Heydebrand und der Lasa ist von Breslau an die Regierung in Frankfurt a. O. versetzt worden. Diese Versetzung, die offenbar auf Wunsch Heydebrands erfolgte, ist eine recht milde „disziplinarische Maßnahme". Ein Beamter mit weniger guten Beziehungen zum schlesischen Hochadel wäre im gleichen Fall nicht nach Frankfurt a. O., sondern nach einem ostpreußischen Nest versetzt worden. Jedenfalls bleibt v. Heydebrand, trotzdem er trotz des Freispruchs keine glänzende Rolle in seinem Prozeß gespielt hat, weiter Regierungsrat.

Ausbruch von zwei Gefangenen aus dem Untersuchungsgefängnis

Aus dem Breslauer Untersuchungsgefängnis sind gestern vormittag in der achten Stunde wieder einmal zwei Gefangene ausgebrochen. Es handelt sich um den Adolf Stoschek, der wegen Geldschrankeinbruch angeklagt ist, und um den Gefangenen Willi Muckelsberg, der Ausländer ist. Obwohl die Polizei die Verfolgung der Flüchtigen mit einem starken Beamtenaufgebot vorgenommen hat, haben ihre Bemühungen bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Achtung, Erwerbslose!

Aufruf zur Landeskonferenz der Erwerbslosen

Der Landeserwerbslosenausschuß Schlesien erläßt einen Aufruf zur Landeserwerbslosenversicherung, dem wir folgendes entnehmen:

Wieder liegen hunderttausend Arbeiterinnen und Arbeiter in Schlesien auf der Straße und sind angewiesen, von einigen Bettelpfennigen ihr Leben zu fristen. Trotz der Rationalisierung, die angeblich niedrigere Preise und vermehrte Arbeitsmöglichkeiten bringen sollte, lastet auf nahezu zwei Millionen unserer Arbeitskollegen im Reiche die schwere Not der Arbeitslosigkeit. Mit ihnen hungern und darben Hunderttausende von Kriegsbeschädigten, Invaliden, Witwen und Waisen, obwohl jedem von diesen in der Reichsverfassung die Mittel zur Führung eines menschenwürdigen Daseins versprochen werden.

Den Erwerbsosen ist das Arbeitsvermittelungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz, das im Reichstag von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angenommen wurde, beschert worden. Der arbeiterfeindliche Charakter dieses Gesetzes hat sich erst jüngst wieder deutlich in der Verordnung über die Verlängerung der Wartezeit für die sogenannten Saisonarbeiter gezeigt.

Dem reaktionären Kurs der Bürgerblockregierung, der weiteren Verelendung großer werktätiger Schichten der Bevölkerung muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Als erstes ist dazu notwendig die Zusammenfassung aller dieser werktätigen Bevölkerungskreise zur Besprechung der wichtigsten Aufgaben. Diese Zusammenfassung soll erfolgen auf der am 11. und 12. Februar in Breslau stattfindenden

Landeskonferenz der Erwerbslosen.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz werden hiermit aufgefordert die örtlichen Erwerbslosenausschüsse; eingeladen werden außerdem die Gewerkschaften, die Betriebsräte, da ja die noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter an dem Kampf der Erwerbslosen unmittelbar interessiert sind. Ferner aber auch die Organisationen der Kriegsbeschädigten, der Invaliden, der Alters- und Kleinrentner.

Tagesordnung der Konferenz:

1. „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Aussichten für die Erwerbslosen."
   Referent: Reichstagsabgeordneter Rädel.
2. „Die Auswirkungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes."
   Referent: Vertreter des Reichsausschusses der Erwerbslosen.
3. Bericht des Landesausschusses der Erwerbslosen.
4. Anträge und Wahlen.

Nähere Information erteilt der Landesausschuß der Erwerbslosen (zu Händen von F. Zylla, Breslau 10, Schießwerderstraße 6).

*

Verkürzung der Wartezeit

Das Niederschlesische Landesarbeitsamt gibt bekannt:

Für Arbeitslose aus folgenden Berufen:
Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Ziegeleiarbeiter, Tiefbauarbeiter, Schachtmeister, Flußregulierungsarbeiter, Arbeiter der Pflaster- und Kunststeinindustrie, Steinsetzer, Rammer, Gärtnereiarbeiter

wird die Wartezeit auf eine Woche verkürzt, sofern nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen anzunehmen ist, daß der betreffende Erwerbslose während der durch Beschäftigungsrückgang oder -stillstand eingetretenen Arbeitslosigkeit Ersatzlohnarbeit übernommen hätte, wenn eine solche vorhanden wäre.

Diese Voraussetzungen hat in jedem Einzelfalle der Arbeitsnachweis zu prüfen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis wird jene Voraussetzungen für die Verkürzung der Wartezeit auf eine Woche im allgemeinen bejahen müssen, bei ungelernten Arbeitern und bei Arbeitslosen, die den Unterhalt von vier oder mehr Familienangehörigen zu bestreiten haben.

Diese Regelung gilt für den ganzen Bezirk des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes, und zwar mit Wirkung vom 12. Dez. 1927 ab. ab. Die örtlichen Stellen haben aber bei der Nachzahlung etwaige Zwischenverdienste durch Gelegenheitsarbeit während der Wartezeit auf die Nachzahlung anzurechnen.

Die Verlängerung der Wartezeit gemäß Artikel 3 der Verordnung findet für die Bezirke des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes nicht statt.

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes ist der Auffassung, daß im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 der Verordnung über die Wartezeit folgende Arbeitnehmer im Bezirke des Landesarbeitsamtes Niederschlesien nicht denjenigen Betrieben zuzurechnen sind, die „in unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen alljährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt werden:

Berg-, Steinbruch-, Eisenbahnstrecken-, Wegearbeiter, Steinschläger, Steinmetzen, Maler, Lackierer, Anstreicher, Stukkateure, Gipser, Rabitzputzer, Klempner, Bauschlosser, Glaser, Holz-, Schnitzstoffarbeiter, Ofensetzer, Installateure, Bootsleute, Schiffer, Schiffahrtsangestellte, Land- und Forstleute, Schiffer und Schiffahrtsangestellte, Land- und Forstarbeiter mit Jahresverträgen.

*

Zu dieser Bekanntmachung des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes ist zunächst einmal zu sagen, daß sie reichlich spät erscheint. Ueber einen Monat hat sich das Landesarbeitsamt Zeit genommen, um die Frage der Wartezeit und der Berufe, die davon betroffen werden sollten, zu regeln. Erst die zahlreichen Proteste, die es von den Erwerbslosen regnete, hat das Landesarbeitsamt bewogen, Stellung zu nehmen.

Die Regelung kann gar nicht befriedigen. Erstens bleibt die Wartezeit von einer Woche bestehen, und zweitens wird die Verkürzung erschwert durch die Bestimmung, daß das Arbeitsamt die Voraussetzungen für die Verkürzung in jedem Einzelfalle zu prüfen hat. Dadurch ist der Willkür der Beamten Tür und Tor geöffnet.

Was haben nun die Erwerbslosen zu tun, die die verlängerte Wartezeit durchmachen mußten? Die Arbeitslosen, die den an erster Stelle genannten Berufen entstammen, haben Nachzahlung der Unterstützung ab einer Woche Karenzzeit zu verlangen. Die zuletzt genannten Arbeitslosen haben Unterstützung vom vierten Tage der Arbeitslosmeldung ab zu beanspruchen. In Zweifelsfällen wende man sich an den Erwerbslosenausschuß.

Die Arbeitslosen dürfen sich mit dieser Regelung nicht zufrieden geben. Es ist überall die Forderung der Kommunisten im Reichstag, Zahlung der Unterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosmeldung ab, zu erheben.

Invalidenversammlungen. Am 9. Januar fand im Gewerkschaftshause die diesjährige Generalversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden statt. Der Besuch war gut. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht konnte man ersehen, daß die Ortsgruppe sehr gut vorwärts geht. Leider sind im letzten Vierteljahre eine ganze Reihe von Todesfällen zu verzeichnen. Der Vorsitzende gab dann einen kurzen Bericht über das verflossene Jahr. Anschließend wurde der alte Vorstand wiedergewählt, bis auf den Kollegen Himmler als neuen Revisor und Kollegen Kluge als zweiten Schriftführer. Die nächsten Versammlungen finden am Montag, dem 13. Februar, 14 Uhr, im Gewerkschaftshause, Dienstag, den 7. Februar, in den Hubertussälen, Mittwoch, den 8. Februar, im Feldschlößchen, Weinstraße, und Donnerstag, den 9. Februar, im kleinen Saal von Bräuer, Gabitzstraße, statt. Es wird noch besonders auf die am Donnerstag, dem 16. Februar, 14 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfindende Sterbekassenversammlung hingewiesen. Eintritt haben nur die Mitglieder der Sterbekasse.

Ja, der Alkohol. Gestern abend kam es in zwei Gastwirtschaften auf der Herzogstraße und der Matthiasstraße zu Schlägereien. In dem letzteren Falle wurde Polizei herangeholt.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. „Die Moral der Gasse." Dieser Film führt in die Elendsgassen der Großstädte. Seine lebenswahren Bilder sind der Filmprüfstelle auf die Nerven gefallen, die nicht nur den Film der Jugend verbot, sondern auch eine Reihe von Ausschnitten machte. (Beachten Sie das heutige Inserat.)

Volkshochschulkursus. Bis Sonnabend können im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, noch Anmeldungen zum Volkshochschulkursus des Genossen Rudert abgegeben werden.

Mittelschlesien

Brieg. Heil! Das Bäckerdutzend der hiesigen Nazis hatte wieder einmal das Verlangen, eine öffentliche Versammlung mit einer großen „Kanone" loszulassen. Sie verschrieben sich daher einen der ulkigsten Wald- und Wiesenredner, mit Namen Heinz Haak, M. d. L., der über das Thema „Nationale oder internationale Solidarität" sprechen sollte. Von den Anwesenden hat bestimmt mancher eine Sensation erwartet. Als aber dieser politische Clown sein Gemecker begann, denn das war es, konnten sie sich eines mitleidigen Lächelns nicht erwehren. Er machte nämlich aus seinem Thema eine wüste Kommunistenhetze und offenbarte den Arbeitern, daß sie in einem „marxistischen" Staat leben! (Wo mag der bloß sein?) Ferner brachte er die welterschütternde Nachricht, daß Trotzki aus Rußland geflohen sei und sich auf deutschem Boden befindet (!). Nachdem er sich überzeugt hatte, daß keine Diskussionsredner anwesend waren, setzte er seine Hetze gegen die KPD. fort. Auf sein Gequassel besonders einzugehen, hat wirklich keinen Sinn, da sowieso niemand aus ihm klug werden konnte. Mit einem in den höchsten Tonarten gekreischten „Heil!" sowie einer unnachahmbaren Geste beendete er seine Rede und legte den Anwesenden ans Herz, nur nationalsozialistisch zu wählen, und zwar deshalb, weil diese gegen den Parlamentarismus sind. Und sein Bäckerdutzend klatschte ihm Beifall. Und für dieses verlangte er noch 20 Pfg. Eintritt. Wir wünschen gutes Geschäft. Heil!

—r.—

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— **Stadtteil 1 (Ost).** Freitag 19,30 Uhr ordentl. Mitgliederversammlung Webskyschloß, Webskystraße. Tagesordnung: 1. Leninismus und Trotzkismus. Ref. Hausen. 2. Unsere Arbeit auf dem Lande. Ref. Schild. Kein Parteimitglied fehle!

— **Stadtteil 2 (Nord).** Straßenzelle 6 und 7 und RFB. Donnerstag 19 Uhr Antreten Brigittental 7.

— Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung: Zellen 1 bis 5 bei Müller, Michaelisstraße 66; Zellen 6 und 7 Brigittenthal 7.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.

— **Gruppe Nord.** Heimabend fällt heute aus. Dafür Treffpunkt mit anderen Gruppen 19 Uhr Wachtplatz. Teilnahme an der L.-L.-L.-Feier.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Abt. 2.** Donnerstag 18,30 Uhr alles Brigittenthal 7 antreten zur L.-L.-L.-Feier.

Ohlau. Freitag 19,30 Uhr Kursusabend: „Zehn Jahre Sowjetunion". Anschließend Kameradschaftsabend.

Schweidnitz. Freitag 19,30 Uhr in der „Stadt Breslau" Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Friedland. Sonnabend 19,30 Uhr Pflichtversammlung im „Anker". Jahres- und Kassenbericht.

Liegnitz. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Goldenen Zepter". Referent Vertreter der Gauführung.

Sonstige Organisationen

Striegau, Freigeistige Gemeinschaft. Donnerstag 19,30 Uhr Lichtbildervortrag, nur für Mitglieder.

Zweite Frauenabteilung. Notiz zu spät erhalten.

Freiburg, Freireligiöse Gemeinde. Freitag 14,30 Uhr Jugendunterricht Schule Graben.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Domkowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Biewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Zendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate W. Gerber Breslau.

Waldenburger Bergland

Unverschämte „Bergwacht"-Lügen

Um die Gemeindevertretersitzung in Nieder-Salzbrunn

Ueber die am Donnerstag in Nieder-Salzbrunn stattgefundene Gemeindevertretersitzung veröffentlicht die „Bergwacht" am Sonnabend einen Bericht, der von niederträchtiger Verleumdung und Schmutz strotzt. Was ist Wahrheit? Wahr ist, daß unser Genosse Grosser bei der Aussprache über die Festsetzung der Mieten in den Egitwerken eine Miete von 7 Mark pro Quadratmeter vorschlug. (Unsere anderslautende Mitteilung vom Dienstag beruhte auf einem Irrtum. D. Red.) Die Sozialdemokraten wollten für den Quadratmeter 7,50 Mark und die Gemeinde 8 Mark haben. Die Behauptung des „Bergwacht"-Berichtes, die Sozialdemokraten im Gemeindeparlament hätten für 7 Mark und die Bürgerlichen für 7,50 Mark gestimmt, ist eine niederträchtige Lüge. Die „Bergwacht" behauptet, die Bürgerlichen hätten für den sozialdemokratischen Antrag von 7,50 Mark gestimmt. Auch wenn dem so wäre, wäre das lediglich ein weiterer Beweis, daß die SPD. keine Arbeiterpartei ist. Den Arbeiterinteressen entsprach lediglich der Antrag auf 7 Mark. Diesen Antrag stellte der Kommunist Grosser.

Bei der Aussprache über die Einstellung des Scharf als Badehaus-Meister und Leiter der Wäscheanstalt forderte Genosse Grosser die Bezahlung der Ueberstunden mit einem Prozentzuschlag, da Scharf des öfteren von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends arbeiten muß. Auch hier vertrat der Sozialdemokrat Schubert eine entgegengesetzte Meinung. Schubert sagte, Scharf hätte die ganze Zeit nicht viel zu tun und habe manchesmal eine halbe Stunde frei, demzufolge genüge die Bezahlung für 8 Stunden. Ein tüchtiger Sozialdemokrat und Gewerkschaftler ist der Schubert, das kann ihm der Neid lassen!

Des weiteren behauptet die „Bergwacht", unser Genosse Grosser hätte ein warmes Herz für die grauen Schwestern gezeigt und geholfen, ihnen eine Beihilfe von 200 Mark zu bewilligen, während die SPD. für 100 Mark stimmte. Erst nach der Abstimmung soll Grosser gestammelt haben, daß er für keinen der beiden Anträge stimmen wolle. Hier übersteigt der Berichterstatter der „Bergwacht" den Gipfel der Gemeinheit und Verlogenheit. Wahr ist, daß die Sozialdemokraten 100 Mark und die Bürgerlichen 200 Mark für die grauen Schwestern beantragt hatten. Lediglich der Kommunist Grosser erklärte, er sei gegen beide Anträge. Bei der Abstimmung stimmten die Bürgerlichen für 200 Mark, die Sozialdemokraten für 100 Mark und Genosse Grosser gegen beide Anträge.

Die Delegation des Gemeindevorstehers und eines Mitglieds der Gemeindevertretung zum Landgemeindetag in Oberschreiberhau wurde einstimmig beschlossen. Im vorigen Jahre wurde auf Vorschlag der Sozialdemokraten der Genosse Grosser zum Städtetag delegiert. Jetzt schlug Genosse Grosser den Sozialdemokraten Schmidt vor, damit jeder Arbeiter sieht, wie es auf ähnlichen Tagungen zugeht. Die „Bergwacht" schreibt: „Der Kommunist Grosser hatte die Liebenswürdigkeit besessen, unseren Genossen Schmidt vorzuschlagen", aber die SPD.-Fraktion lehnte ab und stimmte gegen den Antrag mit der Begründung, die Gemeinde könne die hohen Reisekosten nicht aufbringen. Wir stellen also fest: In der Sitzung waren die Sozialdemokraten für die Beschickung. In dem Bericht der „Bergwacht" wird aber behauptet, sie seien dagegen gewesen.

So versucht der „Bergwacht"-Berichterstatter alles auf den Kopf zu stellen, um die verhaßten Kommunisten in den Augen der werktätigen Bevölkerung herabzusetzen. Das wird ihm nicht gelingen. Wir fordern die Leser der „Bergwacht" auf, den Schwindelbericht über die letzte Gemeindevertretersitzung in Nieder-Salzbrunn aufmerksam zu lesen, dabei können sie sich selbst überzeugen, daß die „Bergwacht" hauptsächlich von Lügen und Schwindel lebt und ihre Hauptaufgabe in der Verleumdung der kommunistisch gesinnten Arbeiter erblickt. Deshalb heraus mit diesem Blatt aus jeder Arbeiterwohnung! Bestellt dafür die „Arbeiter-Zeitung"!

Groß-Waldenburg

* **Ein Bergmann verschüttet.** Der Berghauer Josef Seifert aus Nieder-Hermsdorf wurde auf dem Schwesternschacht durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet. Er erlitt dabei einen Bruch der Wirbelsäule, und es ist sehr zweifelhaft, ob er mit dem Leben davonkommt.

Achtung! Erwerbslosenräte des Kreises Waldenburg!

Am Donnerstag, dem 19. Januar, um 17 Uhr, findet im „Eisernen Kreuz" in Altwasser eine Kreiskonferenz statt, wozu alle Erwerbslosenräte aus den Orten des Kreises Waldenburg zu erscheinen haben. — Erwerbslosenausschuß Waldenburg.

Versammlung des Weißsteiner Mieterschutzvereins. In der am 15. Januar stattgefundenen Versammlung des Weißsteiner Mieterschutzvereins wurde u. a. die amtliche Bekanntmachung vom 4. Januar kritisiert, in der es hieß: „Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß die Wohnungsinhaber die in der Miete enthaltenen Steuern bis 15., spätestens 16. j. M. an die Hausbesitzer abzuführen haben." Die Versammelten waren der Auffassung, daß diese Bestimmung den gesetzlichen Vorschriften widerspreche und die Miete nach wie vor am 1. jeden Monats fällig sei.

* **Reußendorf.** Vom Zug überfahren. Auf der Eisenbahnstrecke Charlottenbrunn—Lehmwasser fand man den Invaliden Gustav Päsler aus Reußendorf als Leiche auf. P., der bereits 70 Jahre alt und schwerhörig war, wollte den Eisenbahnkörper überschreiten, um auf kürzerem Wege zu seinen Verwandten zu gelangen, als er vom Personenzug erfaßt und getötet wurde.

Oberes Revier

* **Friedland.** Erlebt noch. Der Schuhmacher Lorenz Seifert von hier, der seit Dezember vorigen Jahres vermißt wurde und von dem man annahm, daß er sich das Leben genommen hat, teilt jetzt der Stadtbehörde mit, daß er sich bei Verwandten in Gablonz in der Tschechoslowakei aufhalte.

Polsnitz. Eine Gemeindevertretersitzung findet am Donnerstag, dem 19. Januar um 18 Uhr im „Nußbaum" statt.

Landeshut

Festgenommen wurden zwei Erwerbslose, die für ein hiesiges Abzahlungsgeschäft Gelder einkassierten. Um schnell zu Geld zu kommen, verfielen sie auf folgenden Trick. Während sich der eine in dem Geschäft von Matzker, für das sie Gelder einkassierten, versteckte, lief der andere in ein in der Nähe gelegenes Gasthaus, telephonierte das Geschäft an und ersuchte das allein anwesende Fräulein, an einen bestimmten Ort zu kommen, wo ihr die einkassierten Gelder übergeben werden sollten. Das Fräulein ging und schloß das Geschäft ab, ohne zu wissen, daß sich der eine der Burschen darin befand. Dieser räumte dann die Ladenkasse aus. Die beiden „Kassierer" waren gerade damit beschäftigt, die erbeutete Summe — zirka 75 Mark — in einem Lokal umzusetzen, als sie das Schicksal in Gestalt eines Polizeibeamten ereilte.

Von den Arbeiter-Samaritern. Die Generalversammlung der Arbeiter-Samariter erfreute sich eines guten Besuches. Die Jahresberichte zeugten von regster Tätigkeit. Außer Uebungen und Wachen wurde in 196 Fällen erste Hilfe geleistet. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, nur der Schriftführer und die Revisoren mußten neugewählt werden. Nachdem die reichhaltige Tagesordnung erschöpft war, dankte der Vorsitzende dem Technischen Leiter und den Mitgliedern für die rege Tätigkeit im verflossenen Jahre. Mit dem Mahnruf vom Technischen Leiter, daß sich alle auch weiter in den Dienst der Sache stellen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Bolkenhain

Folgen der Raserei. Das vierjährige Töchterchen des Gutsbesitzers Unger in Quolsdorf wurde von einem Motorrade angefahren und zu Tode verletzt.

Niederschlesien

Görlitz

Herr Stadtrat Wagner vor Gericht

Der Görlitzer Bürgermeister, Herr Wiesner, hatte gegen den früheren verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, Genossen Rother, Strafantrag gestellt, da sich der sozialdemokratische Stadtrat Wagner beleidigt fühlte. Des Staatsverbrechens Ursache war, daß Herr Wagner, der einem Arbeitslosen zwei Tage Unterstützung abziehen ließ, in der „Arbeiter-Zeitung" gebührend gewürdigt worden war. Der Betroffene, von dem Genossen als Zeuge angegeben, wurde von der Staatsanwaltschaft auch angeklagt, so daß — es ist schwer, darüber keine Satire zu schreiben — Herr Wagner als einziger „Zeuge" fungierte. Das tat er denn auch reichlich, indem er davon erzählte, daß „Ordnung" in dem von ihm verwalteten Arbeitsnachweis herrschen müsse. „Ordnung muß sein", und wenn einmal einer anderer Meinung ist als Herr Wagner, dann muß er eben bestraft werden. Es ist ja so einfach. Die Unterstützung wird gekürzt, und da die Arbeitslosen über kein Monatseinkommen von über 1000 Mark verfügen, so — denkt Herr Wagner — werden sie schon zu Kreuze kriechen und das Maul halten.

Herr Wagner war natürlich völlig unschuldig. Schuldig war einzig und allein die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung", die sich bei Herrn Wagner nicht vorher informierte.

Die eigentliche Verhandlung bot das übliche Schauspiel eines Klassengerichtes. Die Laienrichter, beide Schlosser, schwiegen wie ein Grab, so daß der erste Richter nur Herrn Wagner zu fragen brauchte: „Das haben Sie natürlich nicht gesagt, das war natürlich nicht so usw." Trotzdem eigentlich Herr Wagner also nur „ja" zu sagen brauchte, wußte er weder aus noch ein. Er bat den Vorsitzenden um Rat, was er eigentlich tun solle, sich gütlich einigen oder auf der Fortführung der Verhandlung bestehen. Das Gelächter der Anwesenden ließ ihn rot werden. Die Verhandlung wurde dann fortgesetzt.

Der Staatsanwalt stotterte die üblichen Worte von „politischer Verhetzung" und „Aufruhr" usw. und wollte sich die Sporen für die nächste Beförderungsstufe verdienen, indem er 14 Tage Gefängnis forderte. Nach seiner Meinung soll jeder Kommunist ins Loch, der es wagt, einem sozialdemokratischen Stadtrat seine Meinung zu sagen. Rechtsanwalt Simon als Verteidiger brandmarkte das Verhalten Wagners, der um der heiligen Ordnung willen einem Erwerbslosen ein Drittel seiner ihn gerade vor dem Verhungern schützenden Unterstützung entzieht. Bezeichnend für Wagner sei, daß er, obwohl er selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, nun als Stadtrat glaubt, mit den Görlitzer Erwerbslosen alles machen zu dürfen.

Diese Feststellungen waren Herrn Wagner so unangenehm, daß er zu seinem Kollegen Dr. Herfurt äußerte: „Nie wieder stelle ich einen Strafantrag gegen die „Arbeiter-Zeitung". Das würden wir ihm auch empfehlen, denn trotzdem das Gericht „Im Namen des Volkes" den Genossen Rother wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilte und Wagner das Recht zusprach, dieses salomonische Urteil in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen, ist er doch selbst in den Augen des Gerichtes moralisch recht schlecht abgeschnitten, denn auf Grund der Tatsachen konnte dieses nicht umhin, in der Urteilsbegründung festzustellen: ob das Verhalten Wagners von sozialem Verständnis zeuge, sei dahingestellt, zu deutsch: selbst das bürgerliche Gericht mißbilligt das rigorose Verhalten dieses früheren Arbeiters.

Eine vertagte Gerichtsverhandlung.

Dr. Herfurt, unseren Lesern bereits öfters vorgestellt, fühlte sich gleichfalls durch die „Arbeiter-Zeitung" beleidigt und war auch als Zeuge vor Gericht erschienen. Wir berichteten seinerzeit von Herfurt, daß derselbe durch eine nicht genügende Genehmigung von Rezepten einen Sozialrentner in schwerste Lebensgefahr brachte. In der Verhandlung war Herfurt „ganz Arzt": „Das Nährbier kann dem Sozialrentner nur schaden, da es Alkohol enthalte!" Ueber das Wesentliche, nämlich über die ungenügende Bewilligung von Luminal, wodurch der Sozialrentner auf der Straße schwere Anfälle erlitt, schwieg er sich wohlweislich aus. Die Verhandlung mußte schließlich vertagt werden, da noch einige Zeugen benötigt wurden.

Heldentat der Horlaer Stahlhelmer.

Am Sonntag um 15 Uhr wurde der Schlosser Karl Müller von Neusärichen bei Niesky von den Stahlhelmern Wilk, Seifert und dem Arbeiter Kasper beim Gasthof „Deutsches Haus" mit Zaunlatten halbtot geschlagen. Meinungsverschiedenheiten in politischer Beziehung gaben den Anlaß dazu, daß Müller das Lokal verließ. Er befand sich schon mit seinem Rade auf der Heimfahrt, als die drei Strolche mit Zaunlatten ihn vom Rade schlugen. Nach getaner Arbeit ließ man den schwerverletzten Arbeiter am Zaune liegen. Nur dem Mädchen des Landjägers und einem Arbeiter ist es zu danken, daß Müller in ein Haus gebracht und vom Blut gereinigt wurde. Durch das Sanitätsauto wurde er in das Krankenhaus „Emmaus" gebracht. Der Arzt stellte bedenkliche Wunden fest.

Dies geschehen am hellen Tage. Die Frau des Wilk soll den Ausruf getan haben: „Mann, komm jetzt rein, der hat genug!" Unbegreiflich ist, daß die Einwohner des Dorfes diesem Roheitsakte nicht Einhalt geboten. Wir sind gespannt, wie das eingeleitete Gerichtsverfahren enden wird, da doch hohe Gerichtsbeamte vom Amtsgericht Niesky selbst Stahlhelmer sind.

Goldberg-Haynau

Seltsame Brandstiftungsursache. Der Sohn des Stellenbesitzers Gerstmann in Georgenthal ist jetzt als Brandstifter verhaftet worden. Er hatte in der Gastwirtschaft von Förster eine Flasche Wein bestellt, die er indessen angeblich wegen seiner Verschuldung nicht erhielt. Aus Aerger hierüber steckte er die Gastwirtschaft in Brand und versuchte dann, sich die Pulsadern zu durchschneiden.

Liegnitz

Stadtverordnetensitzung. In der ersten Sitzung des neuen Jahres sprach der Vorsteher die Glückwünsche für das kommende Jahr aus und erwähnte die „segensreiche" Tätigkeit des vergangenen. (Für wen hat die Tätigkeit Segen gebracht?) Die Plätze des Stadtrats Ullmann und des Stadtverordneten Willenberg (Mitte) waren mit Blumen geschmückt und wurde ihnen anläßlich ihres 25jährigen Jubiläums eine Rede gespritzt. Dann konnte die eigentliche „Arbeit" beginnen. Die Neuwahl des Vorstandes brachte Wiederwahl, wobei die SPD. dem Vorsteher Heider auch ihre Stimme gab. Als Dank dafür erhielten sie den 2. Vorsitzenden (Hoer). Kleinere Vorlagen wurden teils bewilligt, teils vertagt. Bei einer Vorlage, Erweiterung der Parkanlagen im Ausserwäldchen, hörte man vom Dezernenten, daß darüber bereits vier- bis fünfmal im Ausschuß gesprochen und die Stelle besichtigt wurde. Trotzdem wurde die Vorlage nochmals zwecks Besichtigung vertagt. (Und am Ende des Jahres spricht man dann wieder von Arbeit und segensreicher Tätigkeit.) Das Schießhaus-Umbauprojekt artet bald in einen Kommunalkonflikt aus. Der Magistrat beantragte im November 1927 zum Umbau 50 000 Mark. Im Dezember wurden von den Stadtverordneten 180 000 Mark bewilligt. Diesem Beschluß ist der Magistrat nicht beigetreten und macht den Vorschlag, eine Kommission einzusetzen zwecks Herbeiführung einer Verständigung. Trotzdem bei der Debatte gesagt wurde, daß an eine Aenderung des Beschlusses nicht zu denken sei, wurde beschlossen, vom Magistrat 7 und von den Stadtverordneten 14 Mitglieder zu entsenden. Eine merkwürdige Taktik des Rechtsblockes machte sich bei den Vorlagen betreffs Unterführung der Strecke Liegnitz—Arnsdorf und Höherlegung der Goldberger Bahnlinie bemerkbar. Infolge „Geldmangels" verhält sich der Rechtsblock und auch die Mitte ablehnend, trotzdem sie die Notwendigkeit und das Gute, weil Notstandsarbeit, anerkennen. Der Rechtsblock erlaubte sich sogar, an die Brust zu klopfen und zu sagen: „Wir wollen lieber für das Geld Wohnungen bauen!" Dies ist eine Phrase, da sie sonst immer bei derartigen Vorlagen nur bei stärkstem Druck zustimmen. Die Vorlage wurde der Kommission überwiesen und die Sitzung dann geschlossen.

Erster Ausmarsch. Am Sonntag fand der erste Land-Ausmarsch des RFB. mit der neuen Kapelle statt. Den hiesigen Spießern soll deswegen das opulente Frühstück nicht gemundet haben. Ueber Hummeln, Rüstern, Waldau ging der Marsch. Die Aufnahme bei der Landbevölkerung war gut. Es wurden über 300 verschiedene Zeitungen umgesetzt. Vor allem war Waldau gut, obwohl das bis vor kurzem ein ganz reaktionäres Dorf war.

Rote-Hilfe-Versammlung. Wir wollen nochmals auf die am heutigen Donnerstag, dem 19. Januar, stattfindende Versammlung der Roten Hilfe hinweisen. Genosse Vogel-Breslau (SPD.) spricht. Sorgt für Massenbesuch! Die Veranstaltung findet im „Habsburger Hof" statt, da uns das „Volkshaus" ablehnenden Bescheid gab. Die SPD.-Größe Hoer selbst gab uns auf Beschwerde hin die Antwort: „Die Rote Hilfe ist nur eine kommunistische Bemäntelung." Wir kommen noch auf diese Angelegenheit zurück.

Achtung, Unterbezirkskonferenz

Zu der am kommenden Sonntag, 9,30 Uhr, im „Goldenen Zepter", Neuer Weg, stattfindenden UB.-Konferenz haben alle zum Unterbezirk gehörenden Ortsgruppen Delegierte zu entsenden.

Aus dem Riesengebirge

Rußlanddelegierter Mattern-Schreiberhau berichtet in Hermsdorf (Kyn.)

Am Sonnabend hatten die Glasarbeiter zu einer öffentlichen Volksversammlung, in der der Rußlanddelegierte Franz Mattern aus Schreiberhau sprach, aufgerufen. Der gute Besuch bewies, daß die Sympathie für Sowjetrußland wächst.

Kollege Mattern zerpflückte in seinen Ausführungen all die Schauermärchen, die durch die bürgerliche Lügenpresse über das heutige Rußland verbreitet werden. Er hat festgestellt, daß die Lage der Arbeiterschaft in Rußland auf wirtschaftlichem sowie auf sozialem Gebiet bedeutend besser ist als bei uns. In Rußland ist der Achtstunden-Tag Gesetz. Schwerarbeiter (Bergbau, Chemie, überhaupt alle gesundheitsschädlichen Berufe) arbeiten sechs Stunden pro Tag. Während bei uns die Jungarbeiterschaft aufs äußerste ausgepowert wird, arbeitet der Jugendliche in Rußland bis zu 18 Jahren nur vier Stunden praktisch und hat die andere Zeit Gelegenheit zu lernen. Ueberhaupt wird für die Bildung der arbeitenden Klasse in Rußland Großes getan. Schule und Kirche sind in Rußland zwei ganz verschiedene, einander fremde Dinge. Wer drüben Religion braucht, muß sie bezahlen. In den Schulen ist jeglicher Religionsunterricht untersagt. Auch hatte Kollege Mattern Gelegenheit, Einblick in die russischen Gefängnisse zu nehmen. Das seien keine Kerker, sondern Erziehungsanstalten. Das Gesundheitswesen ist sozialisiert. Wer ärztliche Hilfe braucht, bekommt sie vom Staate. Frühere Schlösser und Hotels sind in Erholungsheime und Sanatorien umgewandelt, wo jeder Erholungsbedürftige Aufnahme findet. Auch im Wohnungswesen wird in Rußland sehr viel getan. Die Delegierten haben Rußland bald als eine riesige Baustelle angesehen und konnten beobachten, wie an manchen Stellen fast halbe Städte entstanden. Alles in allem haben die Delegierten festgestellt, daß es in Rußland unter der Führung der revolutionären Arbeiterschaft in allen Beziehungen vorwärtsgeht, und daß die Mängel, die noch vorhanden sind, entschieden bekämpft werden.